Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 474. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 10. October 1878.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

8. Sitzung vom 9. October.

11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Fürst Bismarck, Graf Stolberg, Hofmann, Graf zu Eulenburg, Friedberg u. A. Die Tribünen sind überfüllt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl der Präsidenten für die Dauer der Session.

Abg. v. Bonin, als das älteste Mitglied des Hauses, beantragt die Wiederwahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten für die Dauer der Session durch Acclamation sowohl in Anerkennung der bewährten Geschäftsleitung des verehrten Herrn Präsidenten, als auch zur Abkürzung des Verfahrens. (Zustimmung.)

Abg. v. Helldorff constatirt im Namen seiner politischen Freunde, daß die Zusammensetzung des Präsidiums nicht vollständig dem Verhältniß der Stärke der Fractionen entspricht, eine Thatsache, die außerhalb des Hauses zu verschiedenen Folgerungen benutzt worden ist. Weil seine Partei aber der Geschäftslast des Hauses und der Wichtigkeit des Augenblicks Rechnung zu tragen wünscht, wird sie der Wahl durch Acclamation zustimmen, behält sich aber volle Freiheit für die nächste Präsidentenwahl vor.

Abg. Windthorst: Sie werden begreifen, daß meine politischen Freunde dieser Frage gegenüber eine gewisse Reserve beobachten. Diese Reserve bezieht sich nicht auf die Personen des Präsidiums, besonders nicht auf die Person unseres hochverehrten ersten Präsidenten. Auch ich bin der Meinung, daß die Stärkeverhältnisse der Fractionen bei der Wahl nicht beachtet sind und bin erfreut, daß Herr v. Helldorf das heute einsieht. (Heiterkeit.) Bei der Wahl haben die Herren durch 33 weiße Zettel bewiesen, was sie in Rücksicht auf diese Verhältnisse zu thun im Stande sind. (Heiterkeit.) Wir wollen uns aber mit Rücksicht auf die Zeit dem Antrage nicht widersetzen, aber nur mit Rücksicht auf die Zeit.

Präsident v. Forckenbeck constatirt darauf, daß gegen die Wiederwahl des bisherigen Präsidiums durch Acclamation ein Widerspruch nicht erhoben sei und erklärt dasselbe für gewählt. „Im Namen meiner beiden Herren Collegen", fährt er dann fort, „und im eigenen Namen erkläre ich mit dem verbindlichsten Dank für das ausgesprochene Vertrauen die Annahme der Wahl."

Das Haus tritt alsdann in die zweite Berathung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie auf Grund der Beschlüsse der Commission ein. Der § 1, zu dem zunächst weder ein Vertreter der Regierungen noch der Referent v. Schwarze das Wort erlangt, lautet:

„Vereine, welche durch socialdemokratische, socialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen socialdemokratische, socialistische oder communistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten."

(Die Vorlage der Regierungen lautete: „Vereine, welche socialdemokratischen, socialistischen oder communistischen auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten.")

Hierzu liegen folgende Amendements vor:

1) Von conservativer Seite von den Abgeordneten Ackermann, von Goßler und v. Helldorff: im Absatz 2 einzuschalten hinter den Worten: „öffentlichen Frieden" die Worte: „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen";

2) von Seiten der deutschen Reichspartei, v. Schmid, v. Kardorff und Lucius: in Alinea 2 zu streichen die Worte: „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise." Eventualiter für den Fall der Aufrechterhaltung dieser Worte aber nach dem Worte „Frieden" einzuschalten: „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen."

Abg. v. Franckenstein verliest im Namen des Centrums folgende Erklärung: Meine politischen Freunde und ich verurtheilen mit den verbündeten Regierungen voll und ganz die socialdemokratische Agitation, sofern dieselbe darauf gerichtet ist, Gottesfurcht, Christenthum und Kirche zu zerstören oder sofern durch dieselbe strafwürdige, die Gesellschaft oder das Eigenthum bedrohende Ziele verfolgt werden. Wir erachten es jedoch weder für gerecht noch für nothwendig und heilsam, dieser Agitation durch ein polizeiliches Ausnahmegesetz nach Art des von den verbündeten Regierungen vorgelegten entgegen zu treten. Dasselbe bedroht mit den verwerflichen zugleich auch berechtigte Bestrebungen. Es gefährdet in hohem Maße die Gemeinfreiheit und stellt die Rechtssicherheit der Staatsbürger in Frage, indem es in weitem Umfange das polizeiliche Ermessen an Stelle des richterlichen Urtheils setzt. Ob es den angestrebten Erfolg erreichen wird, ist mindestens zweifelhaft; unzweifelhaft dagegen, daß durch dasselbe in weiten Kreisen die Erbitterung des Arbeiterstandes gegen die anderen Klassen der Gesellschaft bedenklich gesteigert, und nur zu wahrscheinlich, daß nach Unterdrückung der öffentlichen Discussion die vorhandene und in ihren treibenden Kräften nicht getroffene Bewegung auf den Weg gefährlicher Geheimbünde geleitet werde. Meine politischen Freunde und ich würden entsprechend den sowohl bei der ersten Lesung als auch in der Commissionsberathung abgegebenen Erklärungen bereit gewesen sein, den Erlaß eines Reichsgesetzes in ernste Erwägung zu ziehen, welches gegenüber den neuerdings stärker hervortretenden Gefahren im Reiche eine Erweiterung der entsprechenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches zur Grundlage genommen und daran anschließend sträflichen Ausschreitungen in Vereinen und Versammlungen, sowie in der Presse bestimmte Rechtsschranken gezogen hätte.

Nachdem aber die Mehrheit der Commission in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen abgelehnt hat, eine solche Grundlage für die Gesetzgebung an Stelle der vorgeschlagenen zu setzen, können meine politischen Freunde und ich nicht weiter für angemessen erachten, mit Anträgen in der angegebenen Richtung hervorzutreten. Zugleich müssen wir der festen Ueberzeugung Ausdruck geben, daß Polizei- und Strafgesetze nie heilend wirken können, wenn nicht gleichzeitig positive Maßregeln ergriffen werden zur Abhilfe unleugbar vorhandener, weitverbreiteter Mißstände im wirthschaftlichen und socialen Leben des Volkes, namentlich in den Verhältnissen des Arbeiterstandes, und wenn nicht zugleich die verbündeten Regierungen fortan ihre vornehmste Sorge sein lassen, daß Gerechtigkeit, Gottesfurcht und Friede, insbesondere auch Friede auf dem staatlich-kirchlichen Gebiete im Reiche zur vollen Herrschaft gelange.

Abg. v. Marschall (Mannheim): Es ist nicht meine Absicht auf die Generaldebatte zurückzugreifen oder mich in weitläufige Auseinandersetzungen über gemeines Recht und Specialgesetz einzulassen. Das Wort „Ausnahmegesetz" hat ja in der öffentlichen Discussion über diese Frage eine große — wenn auch keine fruchtbare Rolle gespielt, so wenig ich verkennen will, daß die unüberwindliche Scheu gegen Specialgesetze auch erfreuliche Erscheinungen gezeitigt hat. Ich rechne dazu die Bereitwilligkeit, das Strafgesetzbuch zu revidiren im Sinne jener Entwürfe der Regierung, welche bei ihrer Einbringung in dies Haus so vielem Mißwollen begegneten, eine Bereitwilligkeit, die sich gerade bei den Parteien gezeigt hat, welche damals mit besonderem Eifer das gedachte Mißwollen bekundeten. (Hört! hört!). Ich will damit keine Recrimination erheben, sondern nur meine aufrichtige Freude darüber bekunden. Es ist gewiß sehr anerkennenswerth, daß man sich nicht mit theoretischen Protesten begnügt, sondern den Weg praktischer Verbesserungsvorschläge beschritten hat. Ich sehe in dem Antrag, welchen Herr Hänel in der Commission einbrachte und begründete, eine sehr schätzenswerthe Grundlage für die bevorstehende Revision des Strafgesetzes. (Hört! hört!)

Was nun den § 1 im Speciellen anbetrifft, so hat derselbe in der Commission eine andere Fassung erhalten. In einem Punkte enthalten diese Aenderungen auch meines Erachtens eine Verbesserung, indem nämlich das Wort „dienen" durch „bezwecken" ersetzt ist. Dagegen kann ich es unmöglich für einen Fortschritt erachten, wenn statt „Untergrabung" das Wort „Umsturz" gesetzt werden soll. Damit ist ein wesentlicher Theil der socialdemokratischen Ausschreitungen freigegeben, die Schmähung und Verhöhnung von Religion und Sitten. Ich verstehe die Scheu gegen das Wort „Untergrabung" nicht. Man sagt, es sei zu unbestimmt. Allein die Gefahr der systematischen Umgehung des Gesetzes wird durch Wortdefinitionen niemals ausgeschlossen werden; sie wird nur dadurch aus der Welt geschafft, daß die ausführenden Behörden immer klar und scharf den Zweck des Gesetzes im Auge behalten. Dann wird keine humanitäre und reformatorische Bestrebung getroffen werden; es wäre ja sehr traurig, wenn solche Bewegungen nicht mehr von Agitationen des Umsturzes unterschieden werden könnten. Man hat nun die Vorlage ein Parteigesetz genannt und auf das alte Wort hingewiesen: Heute mir, morgen dir. Wäre dieser Einwurf richtig, dann freilich würde wohl kein Mitglied dieses Hauses für die Vorlage stimmen, allein es gehört eine sehr große Dosis von Voreingenommenheit gegen alles autoritative und staatliche Vorgehen dazu, solche Behauptung aufzustellen. Es handelt sich hier einfach um die Selbsterhaltung des Staats, um das erste und unerläßlichste Gebot seiner Existenz. Freilich erkennen auch wir an, daß dies Gesetz ein großes Uebel sein würde, wenn es nicht mit einer organischen Reform unserer wirthschaftlichen Gesetzgebung Hand in Hand ginge, aber wir erwarten, daß dies Gesetz ein Sporn für die besitzenden Klassen sein wird, den berechtigten Beschwerden der Arbeiter abzuhelfen. Vor allen Dingen werden wir uns davor hüten müssen, die Maßregel so zu bewilligen, daß ihre Wirkung von vornherein unsicher ist. Die Regierung hat erklärt: entweder eine schneidige oder gar keine Waffe! Ich hoffe, daß alle Mitglieder, welche dem Gesetzentwurfe im Principe zustimmen, auch diesem Standpunkte die gebührende Beachtung schenken werden. Daß das Gesetz bald seine Wirkung äußert und dann wieder aufgehoben werden kann, ist auch unser Wunsch.

Abg. Sonnemann: Der Vorredner ist ein Süddeutscher und hat noch nicht die bitteren Erfahrungen gemacht, die Andere mit solchen Gesetzen schon erlebt haben; deshalb wundere ich mich auch nicht, daß er die Folgen des Gesetzes so leicht nimmt. Wenn er die klare juristische Ausdrucksweise des Gesetzes rühmt, so muß ich sagen, daß ich juristisch mit demselben gar nichts anzufangen weiß. Das Gesetz ist ein Ausnahms- und Tendenzgesetz im schlimmsten Sinne des Wortes; es vernichtet eine Reihe mühsam errungener Freiheiten und durchlöchert unser bestes Gesetz in der schärfsten Weise. Man hätte dem Preßgesetz eine längere Dauer versprechen können. Der vorliegende Entwurf hebt für gewisse Preßerzeugnisse die durch das Preßgesetz gebotenen Freiheiten vollständig wieder auf, und daran hat die Commission ebenso wenig verändert, wie an den Beschränkungen der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit und des Coalitionsrechts. Die Commission hat sich die Frage etwas leicht gemacht, ob denn für dieses Gesetz irgend welches Bedürfniß in Deutschland vorhanden sei; es ist darüber in ihren Verhandlungen fast gar nichts gesprochen worden. Man hat darauf hingewiesen, daß durch die socialdemokratische Presse der Haß gegen andere Gesellschaftsklassen angeregt werde; aber ich brauche nur an die Flugblätter der letzten Wahlen zu erinnern, in denen von Parteien, die sich mit Vorliebe die Ordnungsparteien nennen, in der unerhörtesten Weise gegen andere Parteien vorgegangen wurde. Die Versammlungen und die Presse der Arbeiter haben sich bedeutend verbessert und werden nicht mehr in so wüster Weise gehandhabt werden, wie geglaubt wird. (Widerspruch rechts.) Sie kennen die Sache nicht, für Sie ist es ja klar, daß kein Socialdemokrat etwas anderes will, als die Confiscation alles Eigenthums; aber die wissenschaftliche Zeitschrift der Partei beweist, daß ihre Ideen sich allmälig berichtigen. Auch das Versammlungsrecht soll beschränkt werden. Aber ist dasselbe denn in Deutschland frei? Ist nicht unser Vereinsgesetz eines der schlimmsten Erzeugnisse aus der Aera Manteuffel-Hinckeldey?

Ich wohnte in der letzten Zeit der Auflösung mehrerer nicht socialdemokratischer Versammlungen bei. In einer derselben erklärte Jemand, daß er soeben aus einer socialdemokratischen Versammlung komme, die aufgelöst worden wäre; das veranlaßte den Polizei-Commissar, auch diese Versammlung aufzulösen. In einer andern sagte ein Redner: Napoleon III., der auch Ausnahmegesetze gemacht habe, endete lächerlich; darauf wurde die Versammlung aufgelöst. Wenn solche Dinge vorgehen können in Frankfurt, wie mag es da erst in Pommern aussehen (Große Heiterkeit) oder in Ostpreußen? Trotz aller Provocationen und Auflösungen, wie sie in Berlin stattgefunden haben, haben wir doch von keiner Störung der öffentlichen Ordnung durch Socialdemokraten gehört, und die Partei hat gerade bei diesen Wahlen Sinn für Ruhe und Gesetz offenbart. Man überschätzt überhaupt den Werth des gesprochenen oder geschriebenen Wortes in Bezug auf Aufreizung. Wo waren denn die Preßerzeugnisse, die der Revolution von 1848 vorgearbeitet haben? Auch in Paris gab es vor der Commune keine Presse, die zum Aufruhr reizte. Hier hat Cromwell das rechte Wort gesprochen: „Meine Regierung verdiente nicht zu bestehen, wenn sie einen Papiersturm nicht aushalten kann". Wir haben Schule, Kirche, Strafgesetze, den Reptilienfonds, um der Socialdemokratie genugsam entgegenzutreten, und schließlich auch eine Armee von 400,000 Mann in Friedensstärke, die im Nothfalle ihre Schuldigkeit thun würde. Im Jahre 1816 hat es in England das größte Aufsehen erregt, daß 26 Leute wegen Preßvergehen im Gefängniß waren; bei uns sind zur Zeit 62 Socialdemokraten wegen Preßvergehen und Vergehen bei Versammlungen in Haft, und eine andere große Zahl befindet sich in Untersuchung. Es scheint also, daß von den bestehenden Gesetzen ein ausreichender Gebrauch gemacht wird. Auch von meinen Collegen ist in den letzten Jahren gewiß immer einer im Gefängniß gewesen (Heiterkeit).

Nach meiner Ueberzeugung reichen die bestehenden Gesetze vollständig aus, und es ist auch keine Verschärfung auf dem Gebiete des gemeinen Strafrechts nothwendig. Diese Ansicht ist auch bei Gelegenheit der Strafgesetznovelle und des Preßgesetzes von Herrn von Schwarze ausgesprochen und auch von einem Conservativen bestätigt worden. Aber man meint, daß die Stimmung im Volke für das Gesetz ist; diese Stimmung ist jedenfalls keine allgemeine, und wenn ich nach Hause käme und hätte für das Gesetz gestimmt, so könnte ich mich in meiner Vaterstadt nicht mehr sehen lassen. (Heiterkeit.) Ueberdies ist ein großer Theil dieser Stimmung künstlich erzeugt worden; gleich nach dem Attentat des Nobiling wurde überall hincorrespondirt, daß Nobiling Socialdemokrat sei und die nationalliberalen Blätter haben in gutem Glauben diese Correspondenzen aufgenommen. Graf Eulenburg hat hier auf die Forderung des Abg. Bebel erwidert, daß er über die mit Nobiling aufgenommenen Protokolle nicht verfügen könne. Die Vorlage der Protokolle ist auch nicht erfolgt, trotz des Interesses, welches der Reichstag daran hätte. Vor einiger Zeit brachte aber ein hiesiges Journal einen Auszug aus den Protokollen und hat damit einen guten Fischzug zu machen geglaubt. Es ist augenscheinlich, daß dieser Auszug aus den Protokollen geschöpft, daß er aber tendenziös gehalten ist und gerade die Stellen heraussucht, die eine Beziehung Nobilings zur Socialdemokratie enthalten könnten; der Auszug nimmt es mit der Wahrheit nicht allzu streng und bezieht sich sonderbarer Weise nur auf solche Socialdemokraten, die augenblicklich in Haft sind. Erst zwei, Hirsch in Paris und Vollmar in Dresden, haben inzwischen erklären können, daß sie in gar keiner Verbindung mit Nobiling gestanden hätten. Dieser Auszug soll gegen Zahlung von hundert Thalern schon vorher anderen Zeitungen angeboten, von diesen jedoch eben wegen seines tendenziösen Gepräges abgelehnt worden sein.

So hat man bis in die neueste Zeit officiöse Stimmung zu machen gesucht, um dieses Gesetz durchzubringen. Hat man denn in anderen Ländern nach jedem Aufruhr oder Attentat gleich zu Ausnahmsgesetzen gegriffen? Selbst die französische Gesetzgebung gegen die Internationale entzieht Niemanden seinem ordentlichen Richter und in England hat man in keinem Falle die Beurtheilung durch Geschworene außer Kraft gesetzt. Nach dem socialistischen Aufstande des vorigen Jahres hat man in Amerika die Schuldigen bestraft, aber keine Ausnahmegesetze gegeben, sondern zur Prüfung der Lage der arbeitenden Klassen ein Comite eingesetzt, in dem Männer sind, welche dieselben Lehren predigen, wie bei uns die Socialdemokraten. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den Sprecher einer socialistischen Deputation empfangen, ruhig angehört und ruhig gehen lassen. (Heiterkeit). Wenn dieses Gesetz durchgeht, so werden, abgesehen von den ruinirten Existenzen, die ihm zum Opfer fallen, die Nachtheile auf uns Alle zurückfallen. Der segensreiche Einfluß, den das Preßgesetz auf die Entwickelung unserer Presse ausgeübt hat — die Zahl der mit der Post versandten Blätter ist in 4 Jahren von 226 auf 300 Millionen jährlich gestiegen — würde paralysirt werden. Und unsere Presse steht doch auf einem ziemlich niedrigen Standpunkte im Vergleich mit der englischen, wo vor einigen Wochen ein Blatt im Stande war, die Herbeiführung des Friedens zu vermitteln. Wenn wir die socialdemokratischen Wähler ihrer Rechte berauben, so nehmen wir ihnen den Glauben an die Existenz des Rechtes, und es giebt keine größere Aufreizung als das. Die Conservativen, welche seit 1871 aus unserer Gesetzgebung sehr zurückgetreten sind, weil sie die neue Zeit nicht begriffen, sollten die Stärke, die sie aus den letzten Wahlen gezogen haben, nicht dazu gebrauchen, Polizeigesetze durchzubringen. Allein es scheint, daß diese größere Macht ihre Begriffe etwas verdunkelt hat. (Heiterkeit.)

Die nationalliberale Partei bietet in Bezug auf das Gesetz eine interessante Erscheinung dar. Noch vor wenigen Monaten bekämpfte Herr von Bennigsen eine ähnliche Vorlage und verlangte, daß der Gefahr auf dem Boden des gemeinen Rechts begegnet werde. Das zweite Attentat kann doch an dieser Stellung nichts ändern, es hat keinen inneren Zusammenhang mit der Vorlage, obwohl man es im Allgemeinen liebt, Attentate bestimmten Parteien in die Schuhe zu schieben. Bei Gelegenheit des Preßgesetzes hat der Abg. Lasker gesagt, daß es unzulässig sei, untergeordneten Polizeibeamten die Aufsicht über die Presse zu geben. Bei der Strafgesetznovelle erklärte er strenge juristische Definitionen als die erste Bedingung eines guten Strafgesetzes. Die Definition des § 1 ist jedoch schlimmer als Kautschuck. Ich will den Abg. Lasker nicht weiter citiren; er ist bei der eigenen Partei in Ungnade gefallen. Aber in gleicher Weise hat sich der Abg. Marquardsen ausgesprochen. Keine Partei würde sich mehr verleugnen als die nationalliberale, wenn sie dem Gesetz beistimmte. Den Abg. Bamberger erinnere ich an seine Rede in Mainz zur Jahresfeier der Februar-Revolution im Jahre 1849. (Der Redner verliest einige Kraftstellen dieser Rede, die mit einer Erklärung zu Gunsten der socialdemokratischen Republik endigt, zur großen Heiterkeit der Versammlung, in die auch der Abg. Bamberger einstimmt.) Wenn die nationalliberale Partei zu dem Gesetze die Hand reichen will, um die wirthschaftliche Reaction fern zu halten, so begeht sie einen großen politischen Fehler. Die conservative Partei wird zu jenem Zweck schon andere Bundesgenossen finden. Man will die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht trüben, sich mit dem Reichskanzler nicht entzweien: das ist dasselbe, als wenn zwei Damen um die Gunst eines Mannes streiten, da wird die jüngste den Sieg davontragen, und das ist hier die conservative Partei. Man konnte erwarten, welche Folgen die Nachgiebigkeit der nationalliberalen Partei haben würde, und wenn wir jetzt den Abg. Lasker wie Herkules am Scheidewege sehen, so habe ich dabei kein anderes Gefühl, als das des Mitleids. (Der Präsident erklärt, daß der letzte Ausdruck, wenn der Abg. Lasker damit gemeint sei, die Grenzen des parlamentarisch Zulässigen überschreite. Der Redner erwidert, daß er nicht den Abg. Lasker, sondern die nationalliberale Partei gemeint habe.) Das Uebel liegt darin, daß wir hier zu viel Zeit mit Strafgesetzbüchern, Culturkampf und Socialistengesetzen verschwenden und deshalb den wahren Bedürfnissen des Volkes zu wenig Aufmerksamkeit widmen können. Unsere Nation leidet an dem Uebel zu großer Dankbarkeit, und unsere Verhältnisse würden besser werden, wenn wir etwas gesunden Egoismus in dieselben hineinbrächten.

Fürst Bismarck: Bevor ich mich zum § 1 der Vorlage wende, nöthigt mich eine Aeußerung des Vorredners zu einer Widerlegung resp. Beleuchtung. Ich habe einmal den Insinuationen, die er in Bezug auf die Publikationen im Tageblatt — ich kenne das Blatt weiter nicht, er hat es genannt — gemacht hat, gegenüber zu erklären, daß die Regierungen, namentlich die preußische, dieser Publikation absolut fremd ist. Erfordert diese Frage eine weitere Discussion, so überlasse ich das meinem Collegen; nur um nach der langen Rede des Vorredners die Debatten nicht zu sehr zu verlängern, habe ich diese Rectification zu machen. Wenn ich auf einzelne Punkte der Rede des Vorredners eingehe, so geschieht dies nicht, weil deren sachlicher Inhalt mich dazu veranlaßte; ich glaube auch nicht, daß sie eigentlich für diesen Saal resp. für mich und die Regierung ausschließlich berechnet war, sondern der Umstand, welcher mich veranlaßt, Interesse zu nehmen, liegt auf dem Gebiete meiner diplomatischen Wahrnehmungen. Ich habe nämlich das Blatt des Vorredners ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen. Ich habe gefunden, daß das Urtheil und die Haltung desselben immer genau coincidirten mit dem Urtheil und der Haltung der französischen officiösen Presse (Bewegung). Ich reproducire ja nur, was ich gefunden habe; Sie können ja selbst nachforschen, wenn Sie die französische offiziöse Presse kennen. Was Sie aber nicht nachforschen können, was ich aber erfahren kann, daß ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am andern oder dritten Tage darauf durch die gesandtschaftliche Meldung als Aeußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden. (Hört!] Ich schreibe also dem Herrn Vorredner Beziehungen zur französischen Regierung zu, die ja der Chef eines großen Blattes haben kann, die natürlich auf keinem Interesse auf seiner Seite, sondern nur auf einem Wohlwollen, das ihm eine Regierung wie die französische einflößt, beruht.

Alles, was der Herr Vorredner hier gesagt hat, ist auf Schwächung der Institutionen, auf Schwächung der inneren Festigkeit des Reiches, auf Discreditirung der Personen und der Institutionen, die an der Spitze des Reiches stehen, berechnet. Denken Sie sich einen französischen Revanche-Politiker dieser Tribüne zugänglich, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können? (Sehr richtig!) Ich habe während meines langjährigen politischen Lebens einige Republikaner kennen gelernt, die alle Stützen der Opposition gegen die damalige preußische Regierung und in Verbindung mit Allem waren, was die preußische Regierung schwächen konnte. Ich habe nachher bei diesen, was natürlich bei dem Herrn Vorredner nicht zutrifft, Gelegenheit gehabt, während des Krieges mit Frankreich die Motive, welche sie veranlaßten, die preußische Regierung zu bekämpfen und zu schwächen und mit den Bestrebungen, welche der Republik annäherten, die sie verwerthen konnten, zu sympathisiren, kennen zu lernen. Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben, aber ein besonderes Interesse entnahm ich aus seinen Reden und Druckschriften mit Sicherheit, mit einer durch die diplomatischen Berichte bestätigten Sicherheit, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt und welche Accorde sie angeschlagen zu sehen wünscht. Ich berufe mich dabei auf Thatsachen, ohne irgend welche Schlußfolgerungen dazu zu machen. Der Herr Vorredner hat uns das Beispiel des Auslandes vielfach empfohlen und sich dabei auf die englische, amerikanische und französische Presse bezogen. Ich habe die französische Presse über unsere Vorlage auch gelesen und namentlich in den Blättern, die eine Erstarkung Deutschlands nicht wünschen, dieselbe Kritik gefunden, die der Herr Vorredner uns hier gegeben hat. Auch die französischen Erscheinungen auf demselben Gebiet hat er mit besonderem Wohlwollen behandelt, wenn ich nicht irre, uns Frankreich als mustergiltig für die schonende und regelmäßige Behandlung der Gegner der Regierung angeführt und gesagt, niemals würden die Sachen der Socialisten oder Communisten, oder, wie man sie dort nennt, Communards, den Geschworenengerichten entzogen.

Bei seiner Vertrautheit mit französischen Beziehungen, bei seinem wohlwollenden Interesse für französische Verhältnisse, was ja auch nicht ohne Gegenseitigkeit sein und bleiben kann, konnte es ihm doch unmöglich entgangen sein, daß alle Communards durch die Kriegsgerichte abgeurtheilt, daß sie flugs erschossen, deportirt worden sind mit einer Rücksichtslosigkeit, wie sie außer den Franzosen keine andere Nation durchzuführen im Stande ist, daß die Franzosen sich dadurch von dieser Krankheit zeitweise geheilt haben und Deutschland in Folge dessen den Vorzug gewonnen hat, der Vorort zu werden, der früher Frankreich war, weil man in Frankreich damit aufgeräumt hat. Sollte dies dem Herrn Vorredner entgangen sein? Wie kann er Angesichts dieser ganz frischen Thatsachen, Angesichts der Ebene von Grenelle, die keinen Tag aufgehört hat vom Blute der Erschossenen zu rauchen, einer so erleuchteten Versammlung, wie dieser, gegenüber behaupten, daß die Sachen in Frankreich nie den Geschworenengerichten entzogen worden seien. Das macht mich bedenklich, er könnte mit diesen seinen Auffassungen sehr gut zur Elsasser Protestpartei, vielleicht auch zur socialistischen gehören. Ich weiß nicht, ob er sich dazu zählt, innerhalb des Fortschritts hat er meines

Erachtens damit schon kaum einen Platz. Das Ausland wünscht unsere Schwäche natürlich nicht aus bösem Willen, sondern vielleicht aus Sorge, daß wir übermächtig werden und alle, die unsere Institutionen zu schwächen wünschen, arbeiten gewiß unbewußt und ohne böse Absicht dem Auslande einigermaßen in die Hände. Der Vorredner hat sich darüber beschwert, daß ich mich im Interesse der schnelleren Herstellung des Friedens an ein englisches Blatt gewendet habe und nicht an ein deutsches. Das ist ein Vorwurf, den er mir bei einigem Nachdenken über den von mir angestrebten Zweck nicht gemacht haben würde. Denn es handelte sich darum, auf die englische öffentliche Meinung Eindruck zu machen. Wenn ich mich an das Blatt des Vorredners gewendet hätte, um England zu überzeugen, daß es wegen Batum keine Kriegsfrage machen möchte, hätte seine Stimme vielleicht denselben Widerhall gefunden, wie die der „Times"; aber ich bin nicht sicher, ob der Vorredner den Frieden in gleichem Maße gewünscht hätte; ich bin auch nicht vom Gegentheil sicher; in Bezug auf die „Times" hatte ich diese Ueberzeugung; die „Times" ist in England mächtig und man setzt sich doch mit Kräften in Verbindung, von denen man Erfolg erwartet, aber nicht zu lediglich publicistischen Schaustellungen, sondern für politische Zwecke, die auf keinem anderen Wege zu erreichen sind.

Wenn ich mich zum § 1 wende, so will ich von der Latitüde, die der Präsident gewährt, in allgemeine Fragen und in andere Paragraphen überzugreifen, zwar nicht denselben Gebrauch machen, wie der Vorredner, aber der Umstand, daß ich an der ersten Berathung nicht vollständig theilgenommen habe, wird mich vielleicht entschuldigen. Schon bei der ersten Lesung habe ich bemerkt, daß ich jede Bestrebung fördern werde, die positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich im Allgemeinen den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen Antheil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, soweit die Grenzen, die durch die Concurrenz und die absatzfähige Fabrikation gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten. Solche Vereine mit positiven Zwecken sind auch in Deutschland gar keine Neuerung, Sie finden sie vor mehr als einem halben Jahrtausend und in derselben Thätigkeit wie heute. Sie haben im Anfange des 14. Jahrhunderts in den großen deutschen Städten Breslau und Colmar Beispiele von Strikes, könnte ich nach dem heutigen Wortgebrauche sagen, von Strikes der Gesellen und Arbeiter und Knechte, wobei das Wort Knecht nicht in der jetzigen Bedeutung zu nehmen ist, sondern in der Bedeutung, in welcher noch heut zu Tage alle Leute den Schuhmachergesellen Schusterknecht nennen, junge, kräftige Menschen. Also auch diese Strikes sind, wie heute, schon damals den Meistern gegenüber zur Erscheinung gekommen und man hat sie mit verschiedenem Glücke geführt. Bald haben die Meister nachgegeben, bald sind sie vertrieben worden aus der Stadt und die Gesellen haben sich des Handwerks bemächtigt, aber immer waren es positive Bestrebungen und Zwecke, die man zu fördern suchte, ganz bestimmte Forderungen, aber der Gedanke, sich an den Rechten Dritter zu vergreifen, die außerhalb der gegenseitigen gewerblichen Beziehungen standen, der Gedanke, das Eigenthum anzutasten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menschen bei und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Interessen.

Selbst in den großen Excessen des Bauernkrieges, wo die volle Herrschaft der gewaltthätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruch gekommen war, wenn Sie da die Verträge lesen, welche die Bauernschaft mit den einzelnen gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeschlossen haben, finden Sie nie, daß über das nothwendige Bedürfniß das Eigenthum dieser feindlichen Edelleute angegriffen war; Sie finden immer nur Verträge wegen Bruchs der Mauern eines festen Schlosses, wegen Auslieferung der Geschütze und Feuergewehre, wegen Abschaffung der reisigen Knechte, kurz und gut, eine Sicherstellung; aber diesen damaligen Communisten ist es nicht eingefallen, das Eigenthum ihrer Feinde selbst irgendwie anzutasten und wenn ich eine Scheidewand errichte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung nicht bekämpfen und was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten: positive Bestrebungen und negative Bestrebungen. Sobald uns von socialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie die Zukunft in vernünftiger Weise gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückschrecken, nicht in Gestalt einer Initiative des Staates, sondern um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen. Es ist das nicht mein Departement und ich kann darauf nicht so genau eingehen; ich wiederhole das nur, um die Ansichten zu bestätigen, die ich in der ersten Lesung ausgesprochen habe, nach denen ich vor fünfzehn Jahren schon gehandelt habe und um zu bekunden, daß ich noch, wenn nur ein ernster und positiver Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Looses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstages als der gesetzgebenden Versammlung empfehlen werde. Wie steht aber heute die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß Jemand eine Andeutung giebt, was anstatt des Daches, welches uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es eingerissen ist.

Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Socialdemokraten hier und früher im norddeutschen Reichstage gemeinschaftlich zu tagen — mein Gedächtniß verläßt mich vielleicht, aber ich appellire an das eines jeden Andern: Ist Ihnen bei den langen Reden, länger als die, welche wir eben hörten, auch nur eine einzige in Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlages über das, was werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben, ist Ihnen etwas Derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich weiß das nicht und ich glaube auch den Grund zu kennen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt gestalten wollen, sobald sie die Meister sind, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts; sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen nicht halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. (Bravo rechts.) Das ist einfach das Geheimniß, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Ich weiß nicht, wer von Ihnen so viel Zeit wie ich durch Krankheit gehabt hat, den verschleierten Propheten von Moore zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verhüllte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, es in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit Jedermann vor Augen stand. An diesen verschleierten Propheten von Khorassan erinnert mich die wilde Führung, welcher ein großer Theil unserer sonst so wohlgesinnten Arbeiter verfallen ist. Sie haben das Angesicht von Khorassan nie gesehen. Wenn sie es sehen würden, sie würden davor erschrecken, oder eine Leiche finden. (Sehr richtig! Oho!)

Daß die Herren nun mit den dunklen Versprechungen, denen sie nie eine ausgeprägte Form geben, Anklang gefunden haben, ja, das ist ja bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, nicht so außerordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen, aber nicht das Gelesene beurtheilen können — und die Fähigkeit des Lesens ist bei uns viel verbreiteter wie in Frankreich und England; die Fähigkeit des praktischen Urtheils vielleicht minder als in den beiden Ländern — wenn sie den Leuten Versprechungen machen, in Hohn und Spott, in Bild und Wort Alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge, eine Unwahrheit darstellen, Alles das, was unsere Väter und uns unter dem Motto: „Mit Gott für König und Vaterland" begeistert und geführt hat, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel darstellen, ihnen den Glauben an Gott, an das Königthum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, an den Besitz, an die Vererbung des Erworbenen auf die Kinder nehmen, so ist es doch nicht allzuschwer, einen Menschen von dem Bildungsgrade dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: „Fluch sei der Hoffnung! Fluch dem Glauben! und Fluch vor Allem der Geduld!" Einem so geistig verarmten und nackt ausgezogenen Menschen, was bleibt dem übrig als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn mit diesem Leben versöhnen können. (Sehr wahr!) Wenn ich zu dem Glauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist — ja, meine Herren, ich lebe in einer wohlhabenden Situation, in einer reichen Thätigkeit, aber das Alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag weiter zu leben, wenn ich das, was der Dichter „an Gott und bessere Zukunft glauben" nennt, nicht hätte. (Beifall.) Rauben Sie das dem Armen, der gar keine Entschädigung hat, so bereiten Sie ihn eben zum Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben. Wenn wir fragen, wie ist es eigentlich gekommen, daß diese negativen Tendenzen, daß dieses Evangelium der Negation bei uns gerade in Deutschland einen solchen Anklang gefunden hat, so müssen wir der Zeit, in welcher das geschah, noch etwas näher ins Auge sehen.

Wir sind erst seit 1867 amtlich bekannt geworden, durch die Gegenwart der Herren Bebel, Liebknecht, Fritzsche, Schweitzer und Mende — sie wechselten, es waren immer zwei, aber diese zwei, die landeten, wurden verehrt, wie die Weißen in Amerika und ich will keine Indianerklage darüber anstellen, denn noch beherrschen wir diese rothe Race. Damals traten sie noch mit einer gewissen Schüchternheit auf, sie trugen Sorge zu bekennen, daß sie nicht etwa für so zahme Leute, wie Lassalle und dergleichen gehalten würden, sondern sie wären die eigentlichen Socialdemokraten. Aber der eigentliche Aufschwung zu dem Streben, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und sie im Sinne ihrer Interessen auszubeuten, trat doch erst nach 1870 auf. Was hat nun 1870 für einen Unterschied in der Sache gemacht? Wo auch die Leiter der internationalen Liga wohnen mochten, in London, Genf oder Frankreich, bis zu jenem Jahre war Frankreich das eigentliche Operationsfeld; nur dort hatten sie eine Armee bereit, welche die Schlacht der Commune schlagen konnte und sich auch wirklich der Hauptstadt eine Zeit lang bemächtigte. Haben sie nun jemals irgend ein positives Programm aufgestellt, wie sie diese Gewalt für den Vortheil der nothleidenden Klassen nutzbar machen könnten? Mir ist keines bekannt, was irgendwie praktisch in's Leben getreten wäre, es mögen in den Zeitungen utopische Phrasen gestanden haben, aber sie haben nichts gethan, als gemordet, gebrannt, mißhandelt, nationale Denkmäler zerstört, und wenn sie ganz Paris in einen Aschenhaufen verwandelt hätten, so würden sie Angesichts dessen immer noch nicht gewußt haben, was sie wollten: es muß anders werden, wie? das wissen wir nicht; dabei wären sie geblieben. Nun, nachdem sie von der französischen Regierung mit großer Energie niedergeworfen waren, — einer Energie, die der Vorredner zu rühmen vergaß oder vielleicht hat sie nicht seine Anerkennung, da wäre es mir lieb, wenn er sich offen tadelnd darüber ausspräche — bei dieser Energie sahen die Leiter wohl ein, daß dieses Versuchsfeld verlassen werden mußte, da ein zorniger und entschlossener harter Wächter darüber stand. Sie sahen sich um in Europa, wo sie den Hebel ansetzen, wo sie die abgebrochenen Zelte neu aufschlagen könnten. Daß ihnen einfiel, nunmehr die Agitation nach Deutschland zu verlegen, wundert mich gar nicht.

Ein Land mit so milden Gesetzen, mit so gutmüthigen Richtern (Widerspruch) — sind unsere Richter nicht gutmüthig? (Heiterkeit) — ein Land mit hervorragenden Freunden an der Kritik, namentlich wenn sie die Regierung betrifft, ein Land, in dem der Angriff auf einen Minister, das Tadeln eines Ministers für eine That noch gilt, als ob wir noch Anno 30 lebten, ein Land, wo die Anerkennung für irgend etwas, was die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in welchem die Operationsbasis des Socialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet war (Heiterkeit), wo die Discreditirung der Behörden und der Institutionen durch die fortschrittliche Agitation bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte. Das hatte sein Anziehendes. Der Fortschritt ist, um landwirthschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht (Heiterkeit) für den Socialismus als Bodenbereiter; er gedeiht darnach vorzüglich. (Zustimmung.) Daß beide sich äußerlich wenigstens in Reden — in Thaten haben wir es noch nicht erlebt — bekämpfen, nun das mag auch von den Freistaaten gelten, die gern und gedeihlich auf einander folgen. Thatsache ist aber, die Socialdemokraten fanden die Achtung vor den Institutionen zerstört; die Neigung, in Bild und Wort sie mit Hohn zu überhäufen, die Freude an diesem Hohn bei jedem Philister, der nachher froh ist, wenn er aus den Folgen dieses Hohns gerettet wird, fanden sie ganz außerordentlich entwickelt, kurz und gut, sie erkannten hier das Land, von dem sie sagten: Lasset uns Hütten bauen. Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt. (Heiterkeit.) Ich kenne sehr viele Franzosen, die vollständig mit ihrem Geschicke, mit ihren Erlebnissen zufrieden sind. Wenn sie ein Handwerk ergreifen, so stellen sie sich die Aufgabe, wenns möglich ist vielleicht bis zum 55. Jahre eine gewisse Vermögensquote zu erreichen; haben sie die, so ist ihr ganzer Ehrgeiz, sich als Rentier bis zu ihrem Lebensende zurückzuziehen. Vergleichen Sie damit den Deutschen; dessen Ehrgeiz ist von Hause aus nicht auf eine nach dem 50. Jahre zu genießende mäßige Rente gerichtet — sein Ehrgeiz ist schrankenlos. Der Bäcker, der sich etablirt, will nicht der wohlhabendste Bäcker in seinem Orte sein, nein, er will Hausbesitzer, Rentier, Banquier und schließlich Millionär werden.

Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat; es ist die deutsche Strebsamkeit; sie steckt sich ihr Ziel niemals zu kurz; aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staate etwas sehr Bedenkliches, namentlich unter den Beamtenklassen. Wo ist der Beamte, der in der Erziehung seiner Kinder nicht eine Stufe höher als er selbst will. Die Folgen sind, daß ein großer Theil unserer Subalternbeamten von der socialistischen Krankheit angesteckt ist. Die Agitation siedelte also in dies gelobte Land über, in welchem sie sich jetzt befindet. Wir hatten gleichzeitig vielfach neue Einrichtungen: das Freizügigkeitsgesetz combinirt mit dem Unterstützungswohnsitz, Abschaffung der Paßpflichtigkeit, Einrichtungen, die plötzlich eine große Menge von Arbeitern den kleinen Städten und dem platten Lande entzogen und in den großen Städten eine fluctuirende Bevölkerung erzeugten, deren Erwerbsfähigkeit sehr abhängig war von den schwankenden Verkehrs- und Industrie-Verhältnissen und die nicht geneigt war, in ihre ländlichen Verhältnisse zurückzukehren. Die Vergnügungen der großen Städte haben sehr viel Anziehendes. Die Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bahnen hat der Agitation großen Vorschub geleistet. Noch viel stärker wurde dies nach dem neuen Preßgesetz — ich bevorworte von Hause aus, um jeder Verdächtigung der Reaction zu entgehen, daß ich nicht die Absicht habe, dieses anzufechten, ich will nur die Diagnose der Krankheit geben — das neue Gesetz schaffte die Caution und den Stempel ab. Bis dahin war ein gewisses Capital und mit ihm ein gewisses Maß von Bildung vorhanden und erforderlich, um eine Zeitung ins Leben zu rufen; heut kann man mit 100—150 Mark dem Unternehmen näher treten und Bildung ist ja kein Bedürfniß, man braucht blos abzuschreiben, was einem geliefert wird und das bekommt man von obenher geliefert.

Solche Blätter, die einmal in der Woche erscheinen, liest der Arbeiter auf dem Lande oder in der kleinen Stadt um so länger und prägt sich ihren Inhalt um so deutlicher ein, — der Mann liest kein zweites Blatt, ich weiß nicht, wie die wohlfeilsten Abonnements sind, sie werden 20 Groschen nicht übersteigen, ich weiß nur, daß die Gefälligkeit der kaiserlichen Post sie zu einem Porto von 4 Sgr. das ganze Jahr lang viele Hundert Meilen weit durch das ganze Land schickt, so weit sie gehen wollen; die Facilität des Verkehrs, dieser Appell an den gemeinen Mann und seine üblen und gefährlichsten Instincte waren früher nicht so leicht, sie sind durch unser Preßgesetz außerordentlich gestiegen, gleichzeitig mit der Milde unsres Strafgesetzes, und wenn wir sie bis zu einem solchen Verbrechen sich aufschwingen gesehen haben, so trägt dazu auch wohl nicht unwesentlich bei, daß der Glaube an die Vollstreckung einer erkannten Todesstrafe geschwunden ist. Was steht dem Mörder bevor, wenn er nicht hingerichtet wird? Gefängniß. Die Hoffnung bleibt ihm, daß ein gelungener Wunsch seiner politischen Freunde ihn frei machen kann und ihn aus einem Sträfling zu einem Helden der Partei stempelt; es schwebt ihm auch die dunkle Hoffnung auf eine Amnestie vor, wie man bei einem Regierungswechsel eine Anzahl Menschen, über deren Unschädlichmachung man sonst froh ist, wieder auf die Gesellschaft loszulassen pflegt. (Heiterkeit.) Das ist meines Erachtens eines der mächtigsten Motive, welches auf die Verwegenheit des Verbrechens einen ganz wesentlichen Einfluß hat, und ich bin Sr. Majestät und Sr. Kaiserl. Hoheit außerordentlich dankbar, daß wir endlich einmal ein Beispiel gesehen haben, daß die Obrigkeit das Schwert noch zu handhaben versteht. (Beifall rechts.)

Wenn es also nicht so sehr zu verwundern ist, daß die Gefahr angeschwollen ist, wenn dem ungeheuren Schwindel in den ersten Jahren nach dem Kriege ein vollständiger Verfall der Geschäfte folgte und viele Leute, die früher einen großen Verdienst gefunden hatten, denselben nicht mehr haben, so kann es eigentlich nicht verwundern, daß die Sache unter so exceptionellen Verhältnissen, wie sie unsere ganze deutsche Gesetzgebung, wo so Manches durch die Plötzlichkeit unserer Verschmelzung in Verstimmung geblieben ist und wo alle mit der Regierung unzufriedenen Elemente sich in einen großen Körper vereinigen, den ich den negativen nennen will, der für jede Operation unzulänglich ist — da kann man sich eigentlich nicht wundern, daß die Gefahr zu der Höhe angeschwollen ist und daß wir hier in Berlin zwischen 60,000 und 100,000 wohlorganisirte, in Vereinen gegliederte Männer haben, die sich offen zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung und zu dem ganzen Programm, wie wir es kennen, bekennen. Daß unter diesen Umständen die Gewerbsthätigkeit, der Credit, der Aufschwung der Industrie leiden muß, ist ganz natürlich, denn für den, der hier ein Capital anlegen oder der einem Anderen ein Capital leihen soll, — in der beunruhigten Phantasie eines auf Verlust vorbereiteten Eigenthums hat doch diese Masse, diese Organisation von 60,000 bis 100,000 Menschen den Charakter einer feindlichen Armee, die in unserer Mitte lebt und die nur noch nicht den Moment gefunden hat, wo sie über den Eigenthümer, den leichtfertigen Capitalisten, der hier etwas anlegen will, Gericht halten kann, um ihm das wohlerworbene Eigenthum zu entziehen oder zu beschränken oder ihm die Verfügung darüber überhaupt zu nehmen. Also die Frage der Verbesserung unseres Verkehrswesens — oder der Verbesserung der Lage der Arbeiter, will ich lieber sagen — und die Socialistenfrage, das sind zwei Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen; so lange die socialistischen Bestrebungen diese bedrohliche Höhe haben, wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwickelung das Vertrauen und der Glaube im Inneren nicht wiederkehren und deshalb wird die Arbeitslosigkeit auch so lange anhalten. Die Arbeiter selbst hätten es in der Gewalt, wenn sie sich von dem Socialismus lossagen, das Vertrauen früher wiederkehren zu lassen, als es bei ihrer jetzigen Haltung möglich ist.

Die Furcht, die ich nicht theile, ist meines Erachtens unbegründet, daß der Kern, die Ideen aus Schiller's Räubern schon vollständig von den Arbeitern aufgenommen sind. Ich glaube, daß es nur nothwendig ist für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es ist ja heutzutage die Stellung eines socialistischen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig wie jeder andere; man wird Agitator, Volksredner, wie sonst Schmied und Zimmermann, und steht sich unter Umständen dabei viel besser, hat ein angenehmes, freies und in gewissen Kreisen angesehenes Leben. Aber das hindert nicht, daß wir gegen diese Herren uns im Stande der Nothwehr befinden; je zeitiger wir diese Nothwehr eintreten lassen, mit desto weniger Kosten für die Freiheit der Uebrigen und für die Sicherheit werden wir damit zu Ende kommen. Diese Gefahren sind mir nicht neu; meine Stellung und meine Erlebnisse bringen mich dazu, die socialistische Presse mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen und wer die socialistische Presse der letzten Jahre verfolgt hat, der mußte ja doch die Gewaltthat, den Mord, den Königsmord, die Abschaffung des Königthums zwischen den Zeilen durchblicken sehen, so entgeistet in der Beurtheilung solcher Sachen der Strafrichter das zum Theil auffaßt, so buchstäblich ist der Zeitungsleser nicht, der hat ein feineres Verständniß für diese Nüancen. Mich hat die Lectüre nicht gerade auf diese Wendung der Sache vorbereitet, die ja eine tief betrübende und für unser nationales Gefühl demüthigende ist. Daß ein Monarch, der mehr wie irgend ein lebender und ich möchte sagen, der Vergangenheit angehöriger gethan hat mit Einsetzung seines Lebens, seiner Krone, seiner monarchischen Existenz, um die Wünsche und Bestrebungen seiner Nation zu verwirklichen, der dies mit einem gewaltigen Erfolge und dabei ohne jede Ueberhebung gethan hat, der dabei ein milder, volksfreundlicher Regent geblieben ist, eine populäre Figur, wenn der von hinten mit Hasenschrot zusammengeschossen wird — ja, meine Herren, da reicht jedes Verbrechen ja gar nicht an dieses heran, da ist man wirklich auf jedes andere mitgefaßt.

Dieser Blitz in der Nacht hat mithin die Situation weithin beleuchtet, und auch in den Wählerkreisen der ganzen Monarchie, glaube ich — ich halte für richtig, was ein Artikel der „Nationalzeitung" vor Kurzem sagte, daß die Wähler aller Abgeordneten, also auch des Centrums und der Fortschrittspartei, mit alleiniger Ausnahme der Socialdemokraten, von ihren Abgeordneten erwartet haben, daß sie der Regierung zur Beseitigung dieser Gefahr beistehen würden. Ich habe ja darüber mit den Herren nicht zu rechten, wie sie sich mit ihren Wählern auseinandersetzen; von denjenigen Parteien, die das Versprechen gegeben haben, kann ich die Quittung wenigstens, das sei erfüllt, nicht ausstellen. Ich bin vielleicht auch nicht zu dieser Ausstellung berechtigt, aber meine Ueberzeugung sagt: Was Sie Ihren Wählern versprochen haben, haben Sie durch Ihre Stellung zu dem Gesetz unerfüllt gelassen. Ich nehme davon nur den Abgeordneten Hänel aus, der seinerseits zum ersten Mal den Bann der Fortschrittspartei, den Bann der Negation, den ein anderer Abgeordneter des preußischen Landtages auf diese Partei geworfen hat, in einer erfreulichen Weise durchbrochen hat mit einem positiven Antrage, meines Erinnerns der erste Antrag von dieser Bedeutung, der je aus dem Schoße der Fortschrittspartei gekommen ist. Aber ich frage Sie Alle, die Zeitungen lesen: ist es bei dem Anschluß seiner sonstigen politischen Freunde dabei verblieben? Ich bin — wie gesagt — es dem Abg. Hänel schuldig, ihn nicht in die Behauptung einzuschließen, das die Fortschrittspartei nur eine Partei der Negative sei und dadurch auch eine gewisse Verwandtschaft mit der socialistischen Partei habe, daß sie bedauert, was besteht, aber nicht sagt, was sie an die Stelle setzen will.

Wenn wir nun den Erwartungen der Wähler näher treten, so befindet sich die Regierung und diejenigen, die mit ihr gehen wollen, in einer außerordentlich schwierigen parlamentarischen Lage. Das parlamentarische System fungirt leicht und elegant, wenn nur zwei Parteien bestehen, wie es in England der Fall ist. Es trat auch dort einmal eine Zeit ein, wo — man kann wohl sagen — fünf Fractionen bestanden, die sich freilich nicht zu dem gegenseitigen Haß aufgeschwungen hatten, den die Angehörigen der deutschen Fractionen aus dem Corpsleben ihrer Universitätszeit mit herüberzunehmen pflegen und die immer in erster Linie die Landesinteressen und erst in zweiter Linie die Rivalitäten und Bedürfnisse der Fraction in Anschlag brachten. Es gab damals in England keine anderen Ministerien, als Coalitionsministerien, aber die Engländer haben eingesehen, daß das constitutionelle Princip dabei leidet, und ihr gesunder Sinn hat sie wieder dahin gebracht, daß sie nur zwei Parteien von Bedeutung haben (die anderen, die sich die englischen Nihilisten nennen, brauche ich nicht mitzuzählen), von denen jede für sich unter Umständen die Majorität im Parlament hat. Wenn es bei uns solche Fractionen gäbe, so wäre es für den regierenden Minister ein Vergnügen, sich einer derselben — gleichviel welcher — anzuschließen, ihr, wenn nicht äußerlich, so doch innerlich anzugehören und mit ihr gemeinschaftlich zu arbeiten. Von diesem Ideal sind wir aber weit entfernt; wir haben jetzt 8 Fractionen, von denen ich doch eigentlich zwischen nicht zweien eine so sympathische Vermittelung kenne, daß an eine Verschmelzung zu denken wäre. Der Deutsche hält sich streng an den Corpsgeist und bleibt gesondert. Durch dies bedauerliche Verhältniß wird die Regierung in Mitleidenschaft gezogen; wir haben uns z. B. geschlossenen Firmen: Fortschritt, Centrum, Polen und Welfen in allen Fractionen gegenüber befunden, aber wenn diese nun wirklich einmal die Majorität hätten und sollten ihrerseits eine Regierung bilden, — würde die Fortschrittspartei wohl mit dem Centrum und die Welfen mit den Polen zusammentreten?

Centrum und Welfen vertragen sich wunderbar: auch Centrum und Socialisten haben vielfach bei den Wahlen zusammen gestimmt, es ist dies aber nicht bloß beim Centrum der Fall; auch bei anderen Abgeordneten haben die Socialisten (und allerdings auch das Centrum in fast allen Fällen mit einer Ausnahme) immer für den Candidaten gestimmt, von dem sie vermutheten, daß er der Regierung weniger angenehm sei. Wenn ich sage: mit einer Ausnahme, so ist das der Abgeordnete für Mühlhausen (Heiterkeit), für den die Wähler des Centrums gestimmt haben, aber doch erst dann, nachdem man ganz sicher war, daß er auch ohne sie gewählt werden würde. Wir haben auch andere Candidaten noch, wenn Sie einige Tausend Socialisten in den Wahlbezirken in Anschlag bringen, welche die Sympathie derselben sorgfältig geschont und vielleicht Versprechungen gegeben haben, daß sie nicht so scharf gegen sie vorgehen würden. Aber item wir befinden uns Seitens der Regierung in der traurigen Lage, daß uns bei Verständigung mit dem Reichstage $^3/_7$ des Gebiets absolut verschlossen ist. Es ist das wie beim Manöver das Terrain, was von anderen Truppengattungen nicht betreten werden darf. Wir haben von der Fortschrittspartei, dem Centrum, wir haben von den circa 150 Abgeordneten, die sich mit diesen beiden Parteien halten, unter keinen Umständen und für keine Vorlage Unterstützung zu erwarten. Unsere Operationsbasis beschränkt sich auf vier Siebentel des Reichstages, welche durch die drei Fractionen, die Nationalliberalen und die beiden conservativen Parteien gebildet werden. In jedem anderen Lande würde die Thatsache, daß drei Siebentel der Landesvertretung überhaupt die Existenzbasis, auf der sich eine Regierung ohne Verfall des Ganzen allein halten kann, negirten (Oho! im Centrum) — mit Worten gewiß nicht, aber mit der That, ich rechne immer mit der That — den strengsten Zusammenschluß der Uebrigen, die überhaupt die Institutionen halten wollen, wie sie ist und sie vertreten wollen — zur Folge haben.

Bei uns ist aber der Corpsgeist derselbe, der ja veranlaßt, daß zwei Regimenter in einer Garnison, die aus denselben Orten recrutirt werden, gar nicht ohne Sticheleien ausrücken können, ohne im Manöver auf einander einzuhauen, blos weil sie verschiedene Farben, verschiedene Namen tragen, schwarzes oder weißes Lederzeug — wer von Ihnen Soldat gewesen ist, wird das erfahren haben — feindet sich an und will dem anderen nichts gönnen. Dieser Geist ist es, den wir alle von der Universität einigermaßen mitbringen. Aber diese Erinnerungen von dort dürfen sich doch nicht auf das politische Leben übertragen, und ich kann nur die Bitte an diese drei Fractionen richten, daß die Herren nicht der Regierung, sondern dem Lande und ihren Landsleuten den Dienst erweisen, sich unter einander zu verständigen und daß alle diejenigen, welche überhaupt die staatliche Entwickelung auf der jetzigen Basis wollen, sich näher an einander anschließen und sich nur über sichtlich ganz unabweisliche Differenzen, aber niemals über die Frage einer Priorität, einer Rivalität trennen. Ich muß hier noch dagegen remonstriren, daß mir bei Gelegenheit der Auflösung eine Tendenz Schuld gegeben worden ist, als wenn ich irgend welche Reaction oder Systemumwandlung erstrebt hätte. Ich habe nichts erstrebt, als daß die Abgeordneten sich mit ihren Wählern über die Situation besprechen möchten und habe gehofft, daß Sie, wie Antäus, durch Berührung der heimathlichen Erde gestärkt, wiederkommen. Daß Sie es nicht alle gethan haben, thut mir leid, aber Tendenzpolitik ist mir fremd, die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienst trat, wo ich auch ein zorniges Fractionsmitglied war, aber für einen preußischen Minister ist das ganz unmöglich. Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte nach meinem Wunsch beide gemeinschaftlich helfen sollten, auch wenn ich meine Ziele unter Umständen modificiren sollte.

Aber wer auch diese Ziele mit mir erstrebt, — ich gehe mit dem, der mit den Staats- und Landesinteressen nach meiner Ueberzeugung geht; die Fraction, der er angehört, ist mir gleichgültig. Ich habe ja angenehme und unangenehme Erlebnisse mit verschiedenen Fractionen gehabt, und der Empfindlichkeit, daß man mich bei dieser oder jener Gelegenheit im Stich gelassen, muß ich mich vollständig entschlagen. Ich kann mich von dieser Menschlichkeit

doch nicht ganz lossagen, räume aber ein, daß ich als Minister nicht das Recht habe, empfindlich zu sein, sondern ich muß den Beistand annehmen, der mir geboten wird. Von diesen drei Fractionen erwarte ich die Annahme des Gesetzes; die Vorlage erschien mir eine mäßige und zulängliche. Ihrer Commission ist sie zu weit gehend erschienen. Wir werden uns darüber verständigen müssen, was annehmbar ist. Wenn Sie die Gefahr mit uns anerkennen, Ihre Wähler auch, Sie wollen aber das, was wir zur Bekämpfung dieser Gefahr von Ihnen erbitten, nicht bewilligen, nun so ist mir das der Beweis, daß Sie nicht das vollständige Vertrauen zu uns haben, um uns das Maß von — nennen wir es Dictatur — zu geben, welches wir zur erfolgreichen Bekämpfung des Uebels brauchen. Dieses Vertrauen läßt sich nicht erzwingen, es läßt sich vielleicht erwerben durch eine sorgfältige, loyale Ausführung des Gesetzes. Mein Bestreben wird dahin gerichtet sein; deshalb aber muß ich von Ihnen verlangen ein Gesetz, in dem wir uns mit Erreichung des Zweckes ehrlich und ohne gewaltthätige Auslegung bewegen können; denn ich bin fest entschlossen, über die loyale Ausführung des Gesetzes zu wachen.

Haben Sie dieses Vertrauen nicht zu uns, speciell zu mir, der ich im Reiche die Hauptverantwortlichkeit trage, haben Sie die Befürchtung, daß wir es mißbrauchen werden, um uneingestandene Zwecke damit zu erreichen, kurz und gut, fürchten Sie sich mehr vor mir und vor der Anwendung des Gesetzes, mehr vor den Regierungen als vor den Socialdemokraten, dann weiß ich, was ich zu thun habe: dann muß ich Personen Platz machen, zu denen Sie mehr Vertrauen haben, oder die andere Mittel zur Bekämpfung der Socialdemokratie anwenden können, als ich nach meiner Erfahrung und nach meinem politischen Urtheile anzuwenden berechtigt bin. Ich bin der Ansicht, daß der § 1 sehr viel einfacher gefaßt werden könnte; er könnte lediglich lauten: „Vereine, in welchen socialdemokratische Tendenzen zu Tage treten, werden verboten." In der jetzigen Fassung, die ich nicht bekämpfe, denn sie ist die Fassung des Bundesrathes, und wenn ich auch nicht dabei gewesen bin, so füge ich mich ihr doch, da ist dem hinzugefügt, daß sie außerdem noch Untergrabung und Umsturz betreiben müssen. Das klingt ja fast so, als ob andere nichtsocialdemokratische Vereine, welche diesen Umsturz betreiben, dadurch ein Privilegium erhalten sollten; es klingt außerdem so, als wenn dieses ganze Gesetz, so nothwendig und geboten, wie wir es halten, doch nicht wesentlich ist. Denn wenn ich an die Thatsache, daß die Bestrebungen socialdemokratische sind, an und für sich schon als Umsturz und Untergrabung bezeichne, so hätten wir kein Recht zu diesem Gesetz in dieser Ausschließlichkeit gegen eine bestimmte Richtung, sondern diese Einfachheit der Fassung hat vielleicht eine Befürchtung abgehalten, daß man nicht klar feststellen könne, wer Socialdemokrat ist und wer nicht? welche Tendenzen sind socialdemokratisch? Das ist eine Aengstlichkeit, die dem Richterstande angehört. Jeder Laie ist sich nicht zweifelhaft gewesen, welche Abgeordneten socialdemokratisch sind, welche Zeitung, welcher Verein socialdemokratisch ist, wer socialdemokratisch gewählt hat.

Wie kommt es, daß jetzt, da man dem Gesetz näher tritt, das Einfachste, der allen Leuten sonst verständliche Ausdruck jetzt zweifelhaft wird, daß blau nicht mehr blau, roth nicht mehr roth ist? Kein Mensch ist darüber im Zweifel. Beiläufig bemerke ich, vielleicht um eine Anknüpfung für die Zukunft zu haben: wenn Sie uns dieses Gesetz nicht in dem Maße geben, wie wir es brauchen, so giebt es alsdann verschiedene Abstufungen. Die eine ist die, daß wir es cum beneficio inventarii annehmen, aber gleich dabei erklären, zur Erreichung des Zweckes, den wir erstreben, genügt es nicht und wir werden in der Lage sein, bei dem nächsten Zusammentritt des Reichstages schon Nachtragsvorlagen zu machen. Ich wenigstens bin jetzt von der Vollkommenheit auch der Regierungsvorlage, von der Thatsache, daß sie erschöpfend sei, nicht in dem Maße überzeugt, daß ich mir schon ganz sicher bin, daß dieses umfänglich gezimmerte Schiff in dem ganz neuen Fahrwasser gleich richtig fahren wird. Ich glaube, die Erfahrung wird uns erst belehren, welche Maschinentheile uns versagen und wir werden vielleicht genöthigt sein, Ihnen wiederum mit einer Vorlage näher zu treten zur Aufbesserung dessen, was Sie uns heute bewilligen; ich glaube, selbst dann, wenn Sie uns die ganze Regierungsvorlage bewilligt hätten, aber ganz sicher, wenn Sie davon um ein Erhebliches abweichen. Es giebt gewisse Sätze in diesem Gesetz, die namentlich Bezug haben auf eine Einschränkung der Freiheiten in der Freizügigkeit und in der Presse, die ich vorher als die Hauptmotoren der plötzlichen und bedrohlichen Entwickelung andeutete, gewisse Bedingungen der Einschränkung dieser schädlichen Einwirkung, ohne die ich das Gesetz für die Regierung überhaupt für vollständig unbrauchbar halten würde. Ich beschränke diesen Anspruch auf das Mäßigste und Unentbehrlichste. Mein Bestreben geht über dieses Gesetz und diese Vorlage hinaus, geht dahin, womöglich aus den drei Fractionen, die überhaupt an den staatlichen Zwecken der Regierung in befreundeter Weise mitarbeiten, und aus der Regierung zusammen eine feste, sich gegenseitig in allen Theilen vertrauende Phalanx zu bilden, die im Stande ist, allen Stürmen, denen unser Reich ausgesetzt ist, wirksam Widerstand entgegenzusetzen.

Abg. Hänel: Ich bin eigentlich gar nicht berufen, auf die Rede des Reichskanzlers zu antworten, sondern das müßten diejenigen thun, um deren Bündniß er soeben bat, deren enge Verbindung mit den conservativen Parteien er anstrebte. Die Fortschrittspartei hat der Reichskanzler wie Arabesken in seinen Vortrag verwebt, sie gereichten demselben aber nicht zur Verzierung, sondern waren im Gegentheil sehr deplacirt. Er hat die Fortschrittspartei eine Vorhut der Socialdemokratie genannt, welche durch Abschwächung der Staatsautorität den socialistischen Ideen vorarbeite. Er sagte das in demselben Augenblicke, wo er sich principiell mit der Gewährung von Staatssubventionen für Productivassociationen einverstanden erklärte, wie er das ja schon früher gethan hat. Wer diesen Schlüssel aber aus den Händen giebt, der liefert den gesammten Staat an die Socialdemokraten aus, das ist der eigentliche Kern und Zweck ihrer Agitation. Dieser Angriff gegen die Fortschrittspartei war vollständig deplacirt. Auch [illegible] Negation genannt. Wer hat mehr Positives auf dem Gebiete der socialen Frage geleistet, als unser verehrtes Parteimitglied, der Abg. Schulze-Delitzsch. Bei der Berathung der Strafgesetznovelle haben wir eine ganze Reihe von Verbesserungen angestrebt, und es darf der Reichskanzler deshalb nicht überraschen, daß ich in der Commission positive Vorschläge gemacht habe. Das war auch nicht, wie er sagte, ein persönliches Durchbrechen der Parteinegation meinerseits, sondern mein Antrag ist eingebracht unter ausdrücklicher Zustimmung meiner Fraction, als der positive Ausdruck unserer Erörterungen über das Gesetz.

Der Antrag konnte natürlich nur eine Skizze sein, er konnte nur Grundrichtung und Ausgangspunkt klar markiren, er war nicht für einen Gesetzentwurf. Deshalb beantragte ich auch die Verweisung desselben an eine Subcommission. Unsere Stellung ist also eine rein positive. Für uns sind noch heute die Gründe gegen das Gesetz maßgebend, die ich in der ersten Lesung angeführt habe. Es konnte sich also für uns nur darum handeln, ob wir unseren Antrag hier im Plenum noch einmal einbringen sollten. Wir verneinten die Frage, weil es für eine einzelne Partei ohne die gesicherte Mitwirkung der Majorität und sogar der Regierung unmöglich ist, einen für die Plenarberathung geeigneten Strafgesetzparagraphen auszuarbeiten. Wir müßten auch im Plenum die Verweisung unseres Antrages an eine Commission beantragen, was bei der Geschäftslage des Hauses nicht angängig ist. Die Einbringung unseres Antrages im Plenum hätte leicht als eine leere Demonstration mißdeutet werden können. Wir stehen diesem Gesetz gegenüber nicht auf dem Boden der reinen Negation, sondern wir stimmen gegen dasselbe, weil es auch nach den Commissionsbeschlüssen den Charakter eines Partei- und Tendenzgesetzes an sich trägt. [illegible] (Beifall links.)

Abg. v. Schmid (Würtemberg): Dem Vorredner gegenüber muß ich constatiren, daß sein Antrag von seiner gesammten Partei außer dem Hause und der gesammten fortschrittlichen Presse verurtheilt worden ist. Auf eine Erklärung des Centrums, wie sie der Abg. von Frankenstein heute abgegeben hat, waren wir gefaßt. Dem gegenüber muß ich hervorheben, daß in weiten Kreisen des Volkes die socialdemokratische Gefahr richtig gewürdigt wird und daß man der Regierung Mittel zur Abwehr derselben geben will. Dazu giebt es aber keinen anderen Weg, als [illegible], für welchen sie die Verantwortung übernommen hat. Das heutige Gesammtauftreten des Abg. Sonnemann steht wohl einzig da in der Geschichte des Reichstages, seine heutige Rede richtet sich durch sich selbst. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, [illegible] Auch hat er als Obercensor [illegible] Wir wissen, was wir thun. Nicht Uebermuth über den durch die Wahlen erlangten Machtzuwachs läßt uns für das Gesetz stimmen, sondern die Grundsätze, welche stets auf dieser Seite des Hauses befolgt worden sind. Der Abg. Sonnemann hat sonst das deutsche Reich als freiheitsgefährlich bekämpft, heute ist es in dem [illegible] ein hohes Gut der Freiheit. In dieser großen Krise, in der sich Staat, Familie und Eigenthum befinden, muß man offen Farbe bekennen, und da muß ich sagen, daß wir im Princip ganz auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage stehen und daß wir fest auf die Loyalität der Regierung bei Ausführung des Gesetzes vertrauen. Die staatserhaltenden Elemente müssen sich aber auch in diesem Hause eng zusammenschließen und wir haben bei der nationalliberalen Partei das ernste Streben erkannt, auf dem Boden der Vorlage das Richtige zu schaffen. Im § 1 entspricht die Regierungsvorlage besser dem Zweck, die socialistische Agitation zu hemmen, aber wir erkennen an, daß dieser Zweck auch mit einer geringen Aenderung der Commissions-Beschlüsse erreicht werden kann und als erste praktische Folge des so eben von berufener Stelle erfolgten Appells an die Einigkeit der staatserhaltenden Parteien ziehe ich den unter meinem Namen gestellten Antrag zurück und bitte den Antrag Ackermann anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Brüel. Ich befürchte, daß meine Rede seitens des Reichskanzlers ähnliche Recriminationen erfahren wird, wie die des Abg. Sonnemann. das wird mich aber nicht hindern, die Wahrheit zu sagen, denn die Haltung meiner Partei stimmt vollkommen mit dem Willen unserer Wähler überein. Obwohl ich dem Vertrauen zur Regierung für meine Person keinen Ausdruck geben kann, so soll das doch für meine Erwägungen ohne Einfluß bleiben. Ich glaube aber, daß der Reichstag nur seine Schuldigkeit thue, wenn er sein Möglichstes thut, damit sein Vertrauen nicht getäuscht werden kann. Diese Vorlage ist wieder ein Kriegsgesetz, wie wir schon so viele berathen haben. Die Regierung verlangt ja auch schneidige Waffen, man wollte in der Commission keinen Feind, wie den Abg. Bebel haben, die Vorlage hat einen Belagerungsparagraphen, alles erinnert an den Krieg. Das ganze Gesetz setzt an die Stelle des Rechts die Macht, es greift ein in die höchsten politischen Rechte, ja selbst in die Vermögensrechte der Staatsbürger. Die Beschlüsse der Commission haben zwar dem Gesetz seinen brutalen Charakter genommen, aber im Wesentlichen haben sie es nicht geändert. Die Regierung lebt jetzt im Kampfe mit den Polen, den Elsaß-Lothringern, mit den sogenannten Particularisten, mit den gläubigen Katholiken und Protestanten und jetzt kommt auch noch dazu der Kampf mit den Proletariern. Das sollte doch zu einer Ueberlegung anregen, ob dieser Weg der richtige ist oder ob man nicht lieber den Frieden suchen solle. Mit diesem Gesetze macht sich der Staat zum Büttel der besitzenden Klassen. Daß es gefährlich ist, aus der Mitte des Hauses positive Gegenvorschläge zu machen, hat der Abg. Hänel wohl erfahren, die Regierung nimmt sich das Passende heraus und schiebt das Uebrige zurück.

Deshalb hat sich meine Partei auf die Erklärung beschränkt, daß sie bereitwillig alle Vorlagen prüfen wolle. Ich erkenne die Schwierigkeit an, welche auch die Regierung bei Aufstellung positiver Vorschläge zu bekämpfen hat. Ich habe aber vergeblich vom Reichskanzler eine dahin gehende Erklärung erwartet. Man sollte sich auch in der Regierung mehr mit den vom Abg. Dollfus angeregten Ideen beschäftigen und lieber etwas thun, statt nur immer sprechen. Ist denn aber die Gefahr so dringend, daß ein solches Ausnahmegesetz erforderlich ist? Der Zusammenhang der beiden Attentate mit der socialistischen Bewegung ist keineswegs nachgewiesen, die Zunahme der Majestätsbeleidigungen ist wohl zum großen Theil auf die Denunciationswuth zurückzuführen und nur die Klage ist berechtigt, daß eine allgemeine Mißachtung der Autorität vorhanden ist. Aber sind hier nicht die Führer des Volkes nicht eher seine Verführer gewesen. Darf eine Regierung, die den Culturkampf begonnen hat, sich über Mangel an Religiosität beklagen? Eine Regierung, die Fürsten depossedirt, Volksstämmen ihre Selbstständigkeit nimmt und Privatvermögen confiscirt? Können in einem Lande, wie Hannover, die Gefühle für den jetzigen Herrscher innige sein? Müssen sie nicht an diejenigen erinnern, die unter der Fremdherrschaft Napoleons I. herrschend waren? (Große Unruhe! Glocke des Präsidenten.) Hier giebt es für uns nur Umkehr, sonst gehen wir weiter auf dem Wege zur offenen Revolution. (Beifall im Centrum, Zischen rechts und links.)

Vicepräsident v. Stauffenberg: Wenn ich gehört hätte, daß der Vorredner den Deutschen Kaiser und dessen Herrschaft mit Napoleon I. und dessen Fremdherrschaft verglichen hat, so würde ich das sofort als parlamentarisch unzulässig gerügt haben.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich will nur verhüten, daß aus meinem Schweigen dem Abg. Brüel gegenüber der Schluß gezogen werde, ich hätte demselben nichts zu erwidern; ich schweige, weil ich wegen der leisen Stimme und des Accentes des Redners hier nicht eine Silbe verstanden habe.

Die Vertagung der Debatte wird beschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Lasker: Der Abg. Sonnemann hat Worte mitgetheilt, welche ich zur Begründung meiner Stellung in der Commission gesprochen haben soll. Der Abgeordnete war als berufsmäßiger Berichterstatter in der Commission; wenn aber alle seine Berichte so wahrheitsgetreu waren wie dieser, so haben sie geringen Werth. Ich habe mich für eine Unterdrückung der socialdemokratischen Ausschreitungen auf dem Boden des gemeinen Rechts principiell ausgesprochen, aber hinzugefügt, da die Regierung nur ein Specialgesetz wolle und deshalb sogar den Reichstag aufgelöst habe, so sehe er für den Antrag Hänel keinen Erfolg, wolle für denselben also auch gar nicht erst stimmen, sondern in Rücksicht auf die politische Gesammtlage in die Prüfung der Regierungsvorlage eintreten. Das ist etwas ganz anderes, wie der Abg. Sonnemann unter Verdächtigung meiner Motive mir imputirt hat.

Abg. Sonnemann: Ich habe als Worte des Abg. Lasker „Trübung der öffentlichen Verhältnisse" angeführt. Das hat auch in anderen von mir nicht beeinflußten Berichten gestanden. Daß ich die Aeußerung in meinem Sinne interpretirt habe, tangirt deren objective Wahrheit nicht. Der Abg. von Schmid hat sich auf eine Behauptung des Reichskanzlers hin, deren Wahrheit keineswegs erwiesen ist, zu meinem Ankläger aufgeworfen; das sollte er als Jurist doch nicht thun. Der Reichskanzler hat die Verdächtigung ausgesprochen, daß ich oder die von mir herausgegebene „Frankfurter Zeitung" in Verbindung mit der französischen Regierung stehe. So lange er dies nicht durch Thatsachen beweist, wozu ich ihn hiermit ausdrücklich auffordere, muß ich seine Behauptung für eine willkürliche Erfindung bezeichnen. Welche französische Regierung sollten wir auch unterstützen, die des 16. Mai oder deren Vorgängerin? Wir haben im Gegentheil zwei Jahre lang die französische Politik des Reichskanzlers unterstützt. Daß die „Frankfurter Zeitung" gute Informationen hat, darf man ihr doch nicht zum Vorwurf machen. In keiner Weise hat sie aber Sympathieen mit der Pariser Commune geäußert.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat sich gegen Vorwürfe gerechtfertigt, die ich ihm gar nicht gemacht habe. (Oho! links.) Wir haben gewisse deutsche Sprichwörter, wenn sich Einer getroffen fühlt, die ich hier nicht gerade wiederholen will; ich selbst aber habe — wie gesagt — diese Vorwürfe, die er jetzt accentuirt hat, gar nicht erhoben (Unruhe links). M. H., warten Sie doch ab, bis ich die Sache entwickele; ich berufe mich auf die stenographischen Berichte für das, was ich sagen werde. Erstens habe ich dem Abg. Sonnemann durchaus keine Sympathie für die Commune vorgeworfen, sondern ich habe eine gewisse Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er für die der Commune gegenüberstehende französische Regierung vollkommen freiwillige von jedem Interesse unabhängige, lediglich auf Wohlwollen beruhende (Heiterkeit rechts) Sympathien habe. Die Commune war der Gegner der französischen Republik. Ich will mich auf die Einzelnheiten nicht einlassen und nur wiederholen, daß ich gesagt habe, ich hätte in meinem Leben französische Agenten in Deutschland gekannt, die unter dem Vorwande, einer oppositionellen Partei anzugehören, im Dienste der französischen Regierung standen, und das war im Jahre 1870. Vielleicht mag es deren auch nachher geben. — Das habe ich aber nicht behauptet, ich habe ausdrücklich gesagt, ich habe sie im Kriege von 1870 als solche erkannt, die als Catone der Republik passirten und mir nach 1870 als kaiserliche Agenten klar geworden sind. Darauf habe ich gesagt: Auf den Vorredner kann das ja, da er Abgeordneter ist, gar keine Anwendung finden; ich habe nicht gesagt, ich würde ihm den Vorwurf machen, wenn er nicht Abgeordneter wäre.

Mein Schluß war: wenn er sich in derselben Kategorie befinden sollte, so ist die Frankfurter Wählerschaft ja viel zu klug, um das nicht auf den ersten Blick zu erkennen, und dann hätte sie ihn nicht gewählt. Ich hatte den Vorredner vollständig exculpirt. Wenn der Vorredner die Sache mit dem qui s'excuse, s'accuse wieder aufgenommen hat, so bedauere ich das, aber ich berufe mich auf den stenographischen Bericht, ich habe ausdrücklich gesagt: „bei dem Abgeordneten ist das nicht möglich, weil ich die feinen klugen Frankfurter für zu gescheidt halte, einen französischen Agenten zu wählen; deshalb ist es nicht möglich, daß Herr Sonnemann in diese Kategorie fällt." Vollständiger kann ich wohl den Verdacht nicht abwehren, als hätte ich ihn mit den gedachten Leuten verwechselt. Er hat nur durch eine sehr beneidenswerthe Geschicklichkeit seines Zeitungs-Redacteurs früher die Intentionen der französischen Regierung erkannt, als ich durch diplomatische Berichte darüber unterrichtet war. Den Vorwurf, gegen den der Vorredner sich vertheidigte, habe ich gar nicht gemacht. (Abg. Eugen Richter: Zur Sache!) Mich zur Sache zu rufen, haben Sie kein Recht; ich nehme hier das Wort kraft Erlaubniß des Präsidenten und meines verfassungsmäßigen Rechts. Ich bitte den Herrn, der mich „zur Sache" gerufen hat, sich zu nennen, damit er seine Gründe anführt. Ich bitte den Herrn Präsidenten, mich zu schützen; ich bin nicht von der Sache abgewichen, wie der Herr Vorredner.

Damit ist die Discussion wieder eröffnet; ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Zur Sache erhält das Wort Abg. Sonnemann: Der Reichskanzler hat in einer Weise gesprochen, die im Hause wie im Lande den Eindruck machen muß, als ob ich ein Agent der französischen Regierung sei. Formell ist der Reichskanzler allerdings ähnlich verfahren, wie er neulich einen Abgeordneten öffentlich einen Lügner nannte und behauptete, er kenne ihn nicht, obwohl er in Berlin gegen Falk gewählt worden ist. In dem Bewußtsein des ehrlichen Mannes fordere ich den Reichskanzler auf, seine gegen mich geschleuderte Verdächtigung zu beweisen. Nie hat die „Frankfurter Zeitung" und ihre Mitarbeiter oder ich selbst in Verbindung mit einer fremden Regierung gestanden. Daß die Correspondenten der „Frankfurter Zeitung" gut informirt sind, ist für sie kein Vorwurf. Der Pariser Correspondent eines hiesigen großen Blattes steht in naher Beziehung zu der dortigen deutschen Botschaft; er macht dort den Gästen die Honneurs. Darf man deshalb auf officiöse Beziehungen des Berliner Blattes zu der deutschen Botschaft in Paris schließen? Ich glaube nicht. Auf meine Unabhängigkeit wird auch der mächtige Kanzler keinen Schatten werfen können.

Ein Vertagungsantrag wird jetzt angenommen.

Der Abg. Sonnemann hatte behauptet, daß nach der Definition der „Norddeutschen Allg. Ztg." des Begriffes „socialistisch" auch der Abgeordnete von Kardorff als Führer einer wirthschaftlichen Bewegung für Schutzzölle eigentlich ein Socialist sei; der Präsident hat unter Zustimmung des Redners diese Ausführung als einen Scherz bezeichnet, der Abg. von Kardorff erklärt aber persönlich, daß er diese Aeußerung als eine Denunciation auffasse, daß ihm aber le courage du ruisseau, der Muth der Gosse fehle, um darauf zu repliciren.

Abg. v. Schmid (Würtemberg) weist die Imputation Sonnemann's zurück, daß er eine Behauptung des Reichskanzlers unbegründet als seine eigene acceptirt habe.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Berlin, 9. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major Kehrer, Commandant von Darmstadt, den Stern zum Königl. Kronen-Orden zweiter Klasse und dem Hauptlehrer Langheim zu Königsberg i. Pr. den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Dem Kaufmann Jacob Stibel ist Namens des Reichs das Exequatur als Generalconsul der Republik Ecuador in Frankfurt a. M. ertheilt worden. — Der Kaiserliche Consul Boström in Wisby ist am 30. v. M. gestorben. Der Kreisrichter Schütze in Guttstadt ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Heilsberg und zugleich zum Notar im Departement des ostpreußischen Tribunals zu Königsberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Heilsberg, und der Referendar Remmers in Aurich zum Advokaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts zu Celle, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aurich ernannt worden.

Berlin, 9. Octbr. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz nahm gestern Vormittag den Vortrag des General-Majors von Albedyll entgegen. (Reichs-Anz.)

Berlin, 9. Oct. [Die zweite Lesung des Socialistengesetzes. — Aussichten für das Zustandekommen desselben.] Die hochgradige Spannung, mit welcher der heutigen Debatte über das Socialistengesetz im Reichstage entgegengesehen wurde, ist durch die äußerst lebhafte, stellenweise sogar stürmische Discussion noch übertroffen worden. Die Parteigegensätze platzten in so entschiedener Weise aufeinander, wie wir es in dieser Vertretung des deutschen Volkes bisher noch nicht erlebt haben. Fürst Bismarck bildete selbstverständlich den Mittelpunkt des parlamentarischen Gefechts, und daß er trotz seiner Aufregung den leitenden Faden für die Action nicht verlor, ist ein neuer Beweis für seine staatsmännische Kunst und parlamentarische Routine. Wohl gingen zum Anfang der Debatte die Wogen noch nicht hoch, obwohl der Abg. Sonnemann die schneidendsten Angriffe gegen die Regierung und die ihr zunächst stehenden Parteien richtete. Aber später, und insbesondere bei den persönlichen Bemerkungen, erreichten die Leidenschaften eine Höhe, welche den Hörer unwillkürlich an die Conflictszeit erinnerte. Und doch lag das Schwergewicht der Rede des Fürsten Bismarck in jenen zwei Stellen, wo er die Bitte an die Fractionen richtete, sich zu verständigen und eine Coalition (der Nationalliberalen und der beiden conservativen Parteien im Bunde mit der Regierung) zu bilden, stark genug, alle die Stürme, denen das Reich ausgesetzt ist, erfolgreich zu bekämpfen. Allerdings erregte es Heiterkeit, als der Reichskanzler versicherte, daß er mit der Reichstagsauflösung nur einen Gedankenaustausch zwischen den Abgeordneten und Wählern vermitteln wollte, damit erstere, gestärkt durch die Berührung mit dem heimischen Boden, wiederkehren. Aber eben in dieser Versicherung und in anderen lag der Wunsch, sich über die nächsten Ziele der Reichsregierung, einen Compromiß betreffs der Commissionsbeschlüsse, mit der nationalliberalen Partei zu verständigen. Daß ein solcher Compromiß im Augenblick ernstlich vorbereitet wird, geht aus allen Mittheilungen hervor. Wenn auch der Reichskanzler noch einen Druck ausüben zu müssen glaubte, indem er halb nachgiebig, halb drohend sagte: „Vertrauen Sie nicht auf eine gerechte Ausführung des Gesetzes, fürchten Sie mich oder die verbündeten Regierungen mehr, als die Socialdemokraten, so würde ich mich fragen müssen, ob es nicht Zeit sei, Jemandem Platz zu machen, der Ihr Vertrauen in höherem Grade besitzt, wie ich, oder ich müßte nach anderen Mitteln suchen.„ Jedenfalls steht diese Auslassung mit den im Reichstage coursirenden Mittheilungen im Zusammenhange, daß im Bundesrathe keine Neigung vorherrscht, auf die wichtigsten Beschlüsse der Commission einzugehen, an welchen die Nationalliberalen festzuhalten entschlossen sind. Die Ansicht der Fraction geht jedenfalls noch dahin, daß seitens der Regierung bis jetzt keineswegs die Punkte bezeichnet worden sind, ohne welche sie das Gesetz nicht auszuführen vermöchte, und deshalb dürfe man trotz der Erklärung des Reichskanzlers nicht annehmen, daß eine Verständigung schwierig oder unmöglich sei. Der Boden ist für vier Siebentel des Reichstages gefunden und die Kritik, welche heute der Reichskanzler gegen die Commissionsbeschlüsse zum § 1 richtete, hat gerade unter der Mehrheit nicht die Ueberzeugung hervorgerufen, daß ihre Annahme zu einer Cabinetsfrage oder gar zur Auflösung des Reichstages führen könnte. Allerdings behauptet man, daß die Majorität für die Commissions-Beschlüsse nicht über fünfzig Mitglieder beträgt, wie der Reichskanzler mit der Division in sieben Theile annimmt. Indessen wird sie immerhin auf 25 Stimmen angeschlagen, wenn nicht etwa die heutigen aufregenden Scenen zwischen dem Reichskanzler und dem Abg. Sonnemann im Hause ein Plus oder Minus produciren werden. Ein plastisches Bild dieser Vorkommnisse gewährt schon die Lectüre des Parlamentsberichts. Die Glocke des Präsidenten, seine häufigen Unterbrechungen und Ordnungsrufe, die stürmischen Zurufe der Abgeordneten, die nervöse Aufgeregtheit des Reichskanzlers, das Alles und mehr gestaltete sich gegen den Schluß der Sitzung zu einem Vorgange, der deshalb von einer so eigenthümlichen Wirkung war, weil nicht die Socialdemokraten an der Debatte theilgenommen haben. Dies steht uns noch bevor und so mögen die Ereignisse des heutigen Tages nur als Vorspiel des folgenden parlamentarischen Schauspiels gelten.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

October 9, 10.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 16°,9	+ 11°,2	+ 9°,2
Luftdruck bei 0°	330''',40	331''',53	331''',05
Dunstdruck	3''',79	4''',16	3''',98
Dunstsättigung	46 pCt.	79 pCt.	89 pCt.
Wind	W. 1.	SW. 1.	S. 0
Wetter	heiter.	heiter.	wolkig.

Breslau, 10. Oct. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 54 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Berliner Börse vom 9. October 1878.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Deutsche Reichs-Anl.	4	95,70 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,70 bz
do. do. 1876	4	96,00 bz
Staats-Anleihe	4	95,30 G
Staats-Schuldscheine	3½	92,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	145,75 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,50 B
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,60 G
Pommersche	3½	84,40 bzG
do.	4	95,00 G
do.	4½	102,60 bz
do. Ldsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,90 bz
Schlesische	3½	88,75 G
Ldschaftl. Central	4	95,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96,90 B
Pommersche	4	95,90 bz
Posensche	4	95,30 bz
Preussische	4	95,40 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	99,00 G
Sächsische	4	98,20 bz
Schlesische	4	96,60 B
Badische Präm.-Anl.	4	121,00 B
Baierische 4% Anleihe	4	123,00 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	116,30 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	72,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 244,75 bz
Badische 35 Fl.-Loose 142,75 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,50 G
Oldenburger Loose 138,00 bz

Ducaten	9,65 etbz	Dollars	4,18 G
Sover.	20,40 bzG	Oest. Bkn.	172,50 bz
Napoleon	16,22 bz	do. Silbergd.	—
Imperials	16,65 etbG	Russ. Bkn.	202,20 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'sche Partial-Ob.	5	108,20 bz
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	97,00 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,00 bzG
do. do. do.	5	100,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	102,10 bzB
do. rückzb. à 110	5	107,20 bzG
do. do. do.	4½	98,75 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100,90 bz
Hyp.-Anth.Nord-G.C-B	5	94,25 bzG
do. do. Pfandbr.	5	94,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,00 bzG
do. do. II. Em.	5	93,00 bzB
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,80 B
do. do. II. Em.	5	105,90 bz
do. 5% Pf.rkzlbr.m.110	5	100,40 bzG
do. 4½ do. do. m.110	4½	92,75 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	107,10 etbzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	92,40 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,00 G
do. do.	4½	94,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,70 G
do. do. 4½%	4½	98,70 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.)	4⅕	53,70 etbzG
do. (1./4.-1./10.)		53,70 G
do. Goldrente	4	61,60 etbzG
do. Papierrente	4⅕	52,30 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	105 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	106,00 B
do. Credit-Loose	fr.	292,00 etbzG
do. 64er Loose	fr.	254,50 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	147,40 bz
do. do. 1866	5	146,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	73,40 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	75,00 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	81,00 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	61,80 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	55,25 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,50 G
do. do. 1885	6	99,80 G
do. 5% Anleihe	5	103,25 G
Ital. 5% Anleihe	5	72,75 B
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,90 B
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	70,60 bzG
Rumänische Anleihe.	8	100,50 bzB
Türkische Anleihe.	5	11,70 bz
Ungar. Goldrente	6	72,20 etbzB
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	— —

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,20 B
Türken-Loose 35,90 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,00 B
do. III. v. St.3½g.	3½	84,90 bz
do. do. VI.	4½	99,99 bzB
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	101,50 G
do.	4½	91,00B 086,00 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. Lit. G.	4½	95,50 G
do. do. H.	4½	95,00 B
do. do. J.	4½	95,00 B
do. do. K.	4½	94,75 bzG
do. von 1876.	5	101,75 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	94,25 bz
do. Lit. B.	4½	100,00 G
do. IV.	4	95,00 G
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	4½	101,60 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	96,75 G
Märkisch-Posener	5	102 bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,70 G
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,50 G
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	86,00 B
do. F.	4½	101,00 B
do. G.	4½	100,50 bz
do. H.	4½	101,30 bzG
do. von 1869.	5	101,50 B
do. von 1873.	4	92,10 G
do. von 1874.	4½	100,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	—
do. Cosel-Oderb.	4	96,00 G
do. do.	5	103,00 G
do. Stargard-Posen	4	—
do. do. II. Em.	4½	100,25 B
do. do. III. Em.	4½	100,25 B
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	100,10 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,50 bzG
Dux-Bodenbach.	fr.	64,75 G
do. II. Emission	fr.	54,25 G
Prag-Dux.	fr.	26,70 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	86,00 bzG
do. do. neue	5	84,50 bzG
Kaschau-Oderberg	5	61,10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	57,60 bzG
Ung. Ostbahn.	5	54,75 B
Lemberg-Czernowitz.	5	66,60 G
do. do. II	5	69,10 bz
do. do. III.	5	61,20 bzB
do. do. IV.	5	57,80 G
Mährische Grenzbahn.	5	47,00 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,10 G
do. II.	fr.	17,25 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,30 bzG
Oesterr.-Französische	3	242,00 bz
do. do. II.	3	327,50 B
do. südl. Staatsbahn.	3	242,40 G
do. neue	3	242,40 G
do. Obligationen	5	81,20 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	81,60 bz
Warschau-Wien II.	5	96,50 bzB
do. III.	5	93,75 bz
do. IV.	5	83,90 bz
do. V.	5	— —

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	2½	169,10 bzB
do. do.	2 M.	3½	168,00 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,265 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	80,90 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	201,00 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	201,75 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	172,25 bz
do. do.	2 M.	4½	170,80 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	½	4	15,00 bz
Berg.-Märkische.	3⅔	3½	4	77,90 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	81,90 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	10,50 G
Berlin-Görlitz	0	0	4	13,00 etbzG
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	199,00 bzB
Berl.-Potsd-Magdb	2½	3½	4	81,25 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	113,60 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	70,10 bz
Breslau-Freib.	5	2½	4	63,25 bz
Cöln-Minden	6⅔	5 1/20	4	104,70 bz
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	16,00 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	12,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	12,30 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	44,60 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	56,75 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	181,25 bzB
Märk.-Posener	0	0	4	18,10 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	127,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	72,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,70 bz
Oberschl. A.C.D.E.	9⅔	8½	3½	126,60 bz
do. B.	9⅔	8½	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅔	6	4	442-40,50-40
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	189,25 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	121,00
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	40,75 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅔	6⅛	4	105,60 B
Reichenberg-Pard.	4½	4	4½	35,00 bz
Rheinische	7½	7	4	108,00 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,40 bzB
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	7,25 bz
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	32,60-,30 bz
Schweiz Westbahn	⅗	0	4	12,50 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,40 G
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	117,30 bz
Warschau-Wien.	6⅔	5	4	— —

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	23,40 bz
Berlin-Görlitzer	0	0	5	33,50 bz
Breslau-Warschau	0	0	5	21 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	41,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	27,50 etbzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	21,75 bzG
Märkisch-Posener	3⅚	4¾	5	85,50 etbzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	77,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	105,25 G
Ostpr. Südbahn	5	5	5	91,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅔	6½	5	111,00 bzG
Rumänier.	8	8	8	85,90 etbzG
Saal-Bahn.	0	0	5	16,75 bzG
Weimar-Gera.	0	0	5	14,60 bzG

Bank-Papiere.

Alg.Deut.Hand.-G.	0	2	4	30,50 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 6/15	4	147,90 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	65,50 bz
Brl.Prd.-u.Hdls.-B.	6½	6	4	74,00 B
Braunschw. Bank.	5	3	4	85,00 bzB
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	67,00 G
Bresl. Wechslerb.	5½	5⅔	4	75,00 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	76,00 G
Danziger Priv.-Bk.	7	6	4	106,75 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	115,75 bzB
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	100,00 G
Deutsche Bank	6	6	4	104,60 bzG
do. Reichsbank	6½	6,29	4½	154,80 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,60 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	129,25 bz
do. ult.	4	5	4	130,25-,75
Genossensch.-Bnk.	3⅓	5½	4	91,50 bzG
do. junge	5⅓	5½	4	95,00 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	101,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10⅗	4	— —
Hannov. Bank	5 11/15	5	4	102,70 B
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	5	4	85,00 G
Lndw.-B.Kwilecki.	5⅓	0	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	6⅔	4	113,50 G
Luxemburg. Bank	6	6⅔	4	106,25 bz
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	108,00 B
Meininger do.	3	2	4	78,90 bzG
Nordd. Bank	8	8⅔	4	— —
Nordd.Grundcr.-B.	8	5	4	66,50 B
Oberlausitzer Bk.	1½	3	4	61,00 G
Oest. Cred.-Actien	11⅗	8⅛	4	393½-90½
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	100,00 G
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94,50 etbzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	119,00 bzG
Sächs. Bank	6	5¾	4	104,50 G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	88,25 G
Weimar. Bank	0	0	4	36,75 bzG
Wiener Unionsbk.	12 11/14	3⅔	4	114,00 B

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,00 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	19,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	10 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	62,30 bz
Thüringer Bank.	0	0	fr.	75 bz

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	555 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	6,00 G
do. Reichs-u.Co.-E.	0	0	4	71,10 bz
Märk.Sch.Masch.G	0	0	4	21,00 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	49,50 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,25 G
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	13⅔	8	4	91,00 bzB
Schles. Feuervers.	18	28	4	960 B
Donnersmarkhütt.	5	3	4	27,00 G
Dortm. Union	0	—	4	7,75 bz
do. abgest.	0	—	4	12,20 bzB
Königs- u. Laurah.	2	2	4	70,90 bz
Lauchhammer.	0	—	4	23,60 etbzG
Marienhütte	4	3	4	51,75 B
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Cons. Redenhütte	0	—	4	75,00 G
Schl. Kohlenwerke	8	—	4	12 bzG
Schl.Zinkh.-Actien	7	6½	4	86,50 B
do. St.-Pr.-Act.	7	6½	4½	94,50 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	43,50 G
Vorwärtshütte	0	0	4	4,00 B
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	2	4	
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	53,75 B
do. ver. Oelfabr.	3⅔	5	4	51,50 G
Erdm. Spinnerei	0	0	4	25 B
Görlitz. Eisenb.-B.	1⅔	—	4	59,75 G
Hofm's Wag.Fabr.	0	0	4	16,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	33,00 bzG
Schl. Leinenind.	5½	—	4	67,50 G
do. Porzellan	6	1½	4	35,00 B
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	24,80 bz

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 9. Oct. Die „Polit. Corresp." bringt aus Konstantinopel Mittheilungen über die Entstehung der letzten türkischen Circularnote. Nach denselben bestätige es sich, daß in den Kreisen der Pforte auf die Erhaltung der guten Beziehungen zu Oesterreich nach wie vor großes Gewicht gelegt werde. Der Vertreter der Pforte in Wien sei angewiesen worden, sich in diesem Sinne auszusprechen und sei dies, wie eine Bemerkung der Redaction der „Polit. Correspondenz" bestätigt, auch thatsächlich geschehen. Nichtsdestoweniger sei es Thatsache, daß in Konstantinopel innerhalb und außerhalb des Palais des Sultans eine Agitation gegen Oesterreich unterhalten werde. Diese Agitation habe durch die politischen Vorgänge in Ungarn einen weiteren mächtigen Impuls erhalten und sei bereits auf dem Punkte angelangt, sogar Eventualitäten in Ungarn in den Bereich ihrer Hoffnungen und Berechnungen zu ziehen, welche auf die Occupation Bosniens im Sinne der türkischen Wünsche reagiren könnten. Unter dem Einflusse dieses Ideenkreises sei die Circularnote entstanden mit der notorischen Tendenz, der ungarischen Opposition eine neue Handhabe zur Agitation gegen die Occupation zu liefern. — Aus Bukarest wird derselben Correspondenz gemeldet, die officielle Besitzergreifung von Bessarabien durch die Russen sei auf den 13ten October festgesetzt.

Paris, 9. Oct. Der „Moniteur" glaubt zu wissen, daß die letzten Differenzen zwischen London und Paris bezüglich der egyptischen Angelegenheit in kürzester Frist beglichen würden.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

London, 9. Octbr. Die Nachricht, beurlaubte Offiziere der indischen Regimenter hätten Ordre erhalten, einzurücken, erweist sich als verfrüht, Thatsache ist nur, daß ihnen bedeutet worden, sich für alle Fälle zur Einschiffung bereit zu halten. — Am 15. October gehen Verstärkungen und Bekleidungsstücke für die Linien-Regimenter und Artillerie-Batterien ab, welche zuerst bei der Expedition nach Afghanistan betheiligt sind.

Birmingham, 9. Octbr. Unter Vorsitz des Parlamentsmitgliedes Mr. Chamberlain hat hier ein Meeting der Eisenproducenten von Süd-Staffordshire stattgefunden. Die Fabrikanten drückten den Wunsch aus, infolge des Darniederliegens der Eisenbranche die Löhne weiter herabzusetzen, die Arbeiter weigern sich jedoch darauf einzugehen. — In den Kohlenwerken von Burnley sind die Löhne um 10 pCt. herabgesetzt worden. Die Arbeitszeit wurde auf 4 Tage pro Woche beschränkt.

Portsmouth, 9. Octbr. Das Thurmschiff „Thunderer" ist gestern im hiesigen Hafen eingelaufen und hat Ordre erhalten, die Ausrüstung zu beschleunigen, um sich zum sofortigen Abgange bereit zu halten. Der Bestimmungsort des Schiffes wird zur Zeit geheim gehalten.

Glasgow, 9. Octbr. Eine außerordentliche Generalversammlung der Actionäre der Bank of Glasgow ist auf den 22. d. M. einberufen. Es geht das Gerücht, der Goldvorrath der Bank sei weit geringer befunden worden, als er im letzten Berichte angegeben war. Bei der australischen Firma Potter Wilson u. Co., die ebenfalls ihre Zahlungen eingestellt hat, verliert die Bank nichts, da große Depots vorhanden sind. Am schlimmsten scheinen die Verhältnisse der Firma Fleming, Smith u. Co. zu wirken. Es steht fest, daß die Liquidation mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 9. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 48. Pariser Wechsel 80, 92. Wiener Wechsel 172, 50. Böhmische Westbahn 139¾. Elisabethbahn 138¼. Galizier 198¾. Franzosen*) 219½. Lombarden*) 59. Nordwestbahn 95½. Silberrente 53¾. Papierrente 52¼. Goldrente 61⅞. Ungar. Goldrente 72, Italiener —. Russ. Bodencredit 73⅜. Russen 1872 —. Neue russische Anleihe 80¼. Amerikaner 1885 99¾. 1860er Loose 105⅝. 1864er Loose 257, 50. Creditactien*) 194¼. Oesterr. Nationalbank 679, 00. Darmst. Bank 116⅞. Meininger Bank 79⅞. Hessische Ludwigsbahn 72⅝. Ungarische Staatsloose 149, 00. do. Schatzanweisungen, alte, 102½. do. Schatzanweisungen neue, 76 5/16. do. Ostbahn-Obligationen 63⅞. Central-Pacific —. Reichsbank 155. Deutsche Reichsanleihe 95⅝. Ungar. Nordostbahn-Gold-Prioritäten —. Schwedische Pfandbriefe —. Privat-Discont — Procent. — Still.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 194⅛, Franzosen 219⅛, Lombarden —, —, Galizier —, —, 1860er Loose —, —, ungarische Goldrente —, Russen de 1877 —, österr. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 9. October, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¼, Silberrente 53¾, Goldrente 61¼, Credit-Actien 194¼, 1860er Loose 106, Franzosen 549, Lombarden 146, Italien. Rente 72⅝, Neueste Russen 79⅞, Vereinsb. 122½, Laurahütte 70½, Commerzbank 102, Norddeutsche 137, Anglo-deutsche 34, Internationale Bank 84, Amerik. de 1885 97¼, Köln-Minden. St.-A. 104¾. Rhein. Eisenb. do. 108, Berg.-Märk. do. 77⅞, Disconto 4 pCt. — Unentschieden.

Hamburg, 9. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen per October-November 171½ Br., 170½ Gd., per April-Mai 177 Br., 176 Gd. Roggen per October-November 111 Br., 110 Gd., per April-Mai 118 Br., 117 Gd. Hafer und Gerste ruhig. Rüböl ruhig, loco 60½, pr. October 60, pr. Mai 61½. Spiritus still, per Octbr. 44¾ Br., pr. Octbr.-Novbr. 42¾ Br., pr. Dec.-Januar 41¾ Br., pr. April-Mai 41¾ Br. Kaffee behauptet, Umsatz 3500 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 9, 70 Br., 9, 60 Gd., pr. October 9, 35 Gd., pr. November-December 9, 50 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 9. Octbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 8000 Ballen Surats.

Liverpool, 9. Octbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Angeboten. Amerikaner aus irgend einem Hafen neue Ernte Octbr.-Novbr.-Verschiffung 5 15/16 D.

Pest, 9. Octbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco angenehmer, gute Kauflust, Termine angenehmer, per Herbst 8, 60 Gd., 8, 70 Br. Hafer per Herbst 5, 60 Gd., 5, 65 Br. Mais (Banat) per Mai-Juni 5, 02 Gd., 5, 07 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Paris, 9. Octbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, per October 26, 75, per November-December 27, 00, per Novbr.-Februar 27, 00, per Januar-April 27, 25. Mehl matt, per October 65, 50, pr. November-December 62, 75, pr. November-Februar 62, 50, pr. Januar-April 62, 00. Rüböl behauptet, per October 86, 50, per Novbr. 86, 75, per December 86, 75, per Januar-April 86, 50. Spiritus fest, per October 61, 00, per Novbr.-Decbr. —, per Januar-April 60, 75. — Wetter: Schön.

Paris, 9. Oct., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Octbr. pr. 100 Klgr. 52, 00, Nr. 5 7/8 pr. Octbr. per 100 Kilogr. 59. 00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Octbr. 60, 50, per Nov. 60, 75, pr. Jan.-April 62, 25.

London, 9. Octbr. Havannazucker williger.

Antwerpen, 9. Octbr., Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23¾ bez., 23½ Br., per Nov. 23½ Br., per December 24 bez. u. Br., per Januar-Februar 24½ Br. — Ruhig.

Bremen, 9. Octbr., Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 35, per Novbr. 9, 50, pr. December 9, 70, per Jan.-März 9, 90.

Berlin, 9. Octbr. [Börse.] Die Börse eröffnete den heutigen Verkehr in fester Haltung, konnte diese aber nicht lange behaupten. Die geschäftliche Thätigkeit blieb innerhalb der engsten Grenzen, und schon aus diesem Grunde allein hatten die Hausse-Interessenten ihre Operationen bald einstellen müssen. Eine Depesche des „W. Telegr. Bur." aus London, welche die Analyse eines Artikels des „Standard" übermittelte, erleichterte oder beschleunigte indeß diesen Prozeß. Die darin angedeutete Absicht Frankreichs, eine starke Flotte nach dem Mittelmeere zu senden, wirkte stark verstimmend auf die Börse. War vorher das Geschäft schon unbelebt, so schränkte man nun die Transactionen noch mehr ein, gleichzeitig aber büßten die Notirungen die geringen, bei dem Beginn des Geschäfts erzielten Avancen wieder ein. Gegen Schluß der Börse besserte sich die Tendenz auf festere Wiener Course, jedoch erfuhren die Umsätze keine wesentliche Zunahme. Die internationalen Speculationspapiere zeigen gegenüber den gestrigen Notirungen nur unbedeutende Abweichungen. Die österreichischen Nebenbahnen fanden nur geringe Beachtung und veränderten die Notirungen nur wenig. Auch in den localen Speculations-Effecten fand nur ein belangloses Geschäft statt. Disconto-Commanditanth. behaupteten sich auf gestrigem Niveau, blieben aber fast absolut leblos. Für Lauraactien hatte sich die Meinung etwas gebessert und setzten dieselben eine schwache Courserhöhung durch. Es notirten Disconto-Commandit ult. 130,40—130,50—129,75, Laurahütte ult. 70,75—70,90. Auswärtige Staats-Anleihen blieben fast gänzlich außer Verkehr, im Allgemeinen erfuhren die Notirungen eine kleine Erhöhung. Russische Werthe behaupteten das gestrige Niveau. Russische Noten per ultimo 203 bis 202,25, per November 203, per December 203,75. Preußische Fonds behaupteten sich gut bei stillem Geschäft, andere deutsche Staats-Papiere blieben unbelebt. Einheimische Eisenbahn-Prioritäten mäßig belebt; einige Umsätze fanden in Potsdamer 4½ pCt., Görlitzer 4½ pCt. B. und C. und Altenbekener II. und III. statt. Fremdländ. Prioritäten fest, aber sehr still. Auch auf dem Eisenbahnactienmarkte stagnirte der Verkehr fast gänzlich, Potsdamer zu letzter Notiz begehrt, Hamburger profitirten am Course, Stettiner und Halberstädter ließen dagegen nach. Oberschles. Eisenbahn gedrückt auf die wenig günstige Einnahme pr. Septbr. Rum. Actien matter, Aachen-Mastrichter, Ostpreuß. Südbahn belebt u. steigend, Werra- u. Nahebahn in einigem Verkehr. Von Stamm-Prior.-Actien waren Oberlausitzer wiederum bevorzugt. Bankactien wenig fest. Essener Creditbank zog etwas an, Spielhagen kam höher zur Notiz, Brüsseler Bank offerirt, Luxemburger Bank gedrückt, Deutsche Bank ließ etwas nach, Hübner Hypotheken matter, Braunschweiger Hypotheken und Braunschweiger Bank niedriger, Hannoversche Bank billiger erhältlich. Industriepapiere mäßig belebt. Große Pferdebahn beliebt und steigend in Actien und Prioritäten. Bockbrauerei und Nürnberger besser, Ahrens und Tivoli waren billiger erhältlich. Löwe Nähmaschinen matt, Magdeburger Gas besser, Volpi und Schlüter anziehend, Zoologische Garten-Obligationen erhöhten ebenfalls die Notiz. Leopoldshall beliebt, Montanwerthe behaupteten sich in guter Festigkeit, Westfälische Drahtindustrie steigend, Louise Tiefbau höher.

Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 391,—, Lombarden 121,—, Franzosen 440, Reichsbank 154,80, Disconto-Commandit 129,75, Laurahütte 70,75, Türken 11,60, Italiener 72,40, 1860er Loose —, Oesterr. Goldrente 61,50, do. Silberrente 53,70, do. Papierrente 52,10, Ung. Goldrente —, 5proc. Russen 79,75, Köln-Mindener 104,50, Rheinische 107,90, Bergische 77,90, Rumänen 32,25, Galizier —, Russische Noten 202,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 171,75 bez., do. Eisenb.-Cp. 171,50 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 ₰ k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4, 18,50 bez., do. Papier-Doll. 4, 16 bez., 6% New-York-City 4, 18,50 bez., Russ. Central-Boden min. 20 ₰ Paris, do. Papier u. verl. min. 75 ₰ k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 ₰ Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. 20, 49 bez., Russischer Zoll 20,46 etw. bez., 22er Russen 20,72 bez., Große Russische Staatsbahn 20,22 bez., Russ. Boden-Credit 20,30, Warschau-Wiener Comm. —,—, 8% Rumänische St.-Anl. —,—, Warschau-Terespol 20,16 bez., 3% u. 5% Lombard. min. 10 ₰ Paris, Diverse in Paris zahlbar minus 20 ₰ Paris, Holländische minus 25 ₰ Amsterdam, Schweizer minus 50 ₰ Paris, Belg. minus 30 ₰ Brüssel, Verl. Lstr.-Obligationen 20,41 bez.

Berlin, 9. Octbr. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist anhaltend prachtvoll und wärmer als es die Jahreszeit mit sich zu bringen pflegt. Die Haltung unseres Marktes war heute für Getreide weniger flau als gestern, Roggen freilich leidet unter dem Druck widerwillig aufgenommener Kündigungen, so daß der laufende Termin sich nicht ganz behaupten konnte, während für spätere Sichten mindestens gestrige Schlußpreise bewilligt werden mußten. Loco ist schöner neuer Roggen sehr knapp und theuer, sonst aber zeigt sich kein Begehr. — Roggenmehl matter. — Weizen ist bei wenig belebtem Verkehr ein wenig besser bezahlt. Verkauflust war heute schwach und auch zurückhaltend. — Hafer loco unverändert. Termine sehr still. — Rüböl in recht beschränktem Verkehr, Preise kaum verändert. — Petroleum behauptet. — Spiritus recht matt und zu nachgebenden Preisen verkauft, erlangte, bei etwas stärker hervortretender Kauflust, festere Haltung und erholte sich im Werthe ganz merklich.

Weizen loco 153—195 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelb russ. — Mark ab Bahn bez., per October 168½—168—168½ Mark bez., per October-November 168½—168—168½ M. bez., per November-December 170½—169½—170 Mark bez., per April-Mai 178—177½—178 M. bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt 13,000 Ctr. Kündigungspreis 168 Mark. — Roggen loco 110 bis 135 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, neuer inländischer 127—132 Mark, hochfeiner 134 M, russ. 112 bis 113 Mark ab Bahn und Kahn bez., per October 113—112—112½ Mark bez., per October-November 113—112—112½ Mark bez., per November-December 115½—114—114½ Mark bez., per December-Januar 116½ bis 115½—116½ M. bez., per April-Mai 120—119—119½ M. bez., per Mai-Juni 121—120½—121 M. bez. Gekündigt 38,000 Ctr. Kündigungspreis 112½ Mark. — Gerste loco 115 bis 185 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 105 bis 155 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreuß. 118 bis 131 Mark bez., russ. 120 bis 127 Mark bez.

Spiritus loco „ohne Faß" 51,8 Mark bez., per October 51,5—51,3 bis 51,6 M. bez., per October-November 50—49,8—50 M. bez., per November-December 49,4—49,1—49,4 Mark bez., per April-Mai 51,4—51,1—51,4 M. bez., per Mai-Juni 51,7—51,4—51,7 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Breslau, 10. Octbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide etwas fester, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, feine Qualitäten gut behauptet, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,80 bis 16,20—17,60 Mark, neuer gelber 13,40 bis 16,00 bis 17,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 11,40 bis 12,20—13,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Mark, weiße 14,20—14,70 Mark.

Hafer in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neuer 10,30 bis 10,80—11,30 bis 12,30 Mark.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 11,40—12,40—13,20 Mark.

Erbsen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16,00 Mark.

Bohnen schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. 17,00—18,00—19,00 Mark.

Lupinen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20 bis 8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein schwache Kauflust.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	23	50	21	—
Winterraps	25	25	22	25	19	25
Winterrübsen	24	75	22	25	19	25
Sommerrübsen	25	—	21	—	18	50
Leindotter	22	50	21	—	18	—

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark.

Leinkuchen ruhiger, pr. 50 Kilogr. 8,40—8,80 Mark.

Kleesamen schwächer angeboten, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 40—42 bis 47 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 45—58—64 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50—28,50 Mark, Roggen fein 19,25—20,25 Mark, Hausbacken 18,50—19,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Mark, Weizenkleie 7,20—8,00 Mark.

Heu 2,80—3,10 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Ausweise.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.
Einnahmen pro Monat September 1878.

	Personen-Verkehr.	Güter-Verkehr.	Extra-ordinarien.	In Summa Mark.
1) Breslau-Waldenburg, Frankenstein-Raudten, Breslau-Reppen				
1878 nach vorläuf. Abschluß	252083,20	636168,05	36185,76	924437,01
im Januar bis Sept.				6902839,88
1877 nach defin. Feststellung	245901,45	653589,31	40530,14	940020,90
im Januar bis Sept.				6784322,85
2) Reppen-Stettin				
1878 nach vorläuf. Abschluß	29447,00	81997,86	6105,73	117550,59
im Januar bis Sept.				771156,79
1877 nach defin. Feststellung	29509,67	70996,17	521,32	101027,16
im Januar bis Sept.				465024,45
3) Sorgau-Halbstadt				
1878 nach vorläuf. Abschluß	7637,00	32636,54	2817,11	43090,65
im Januar bis Sept.				296585,91
1877 nach defin. Feststellung	7154,33	24476,02	231,97	31862,32
im Januar bis Sept.				151324,18
4) Gesammteinnahme				
1878 nach vorläuf. Abschluß	289167,20	750802,45	45108,60	1085078,25
im Januar bis Sept.				7970582,58
1877 nach defin. Feststellung	282565,45	749061,50	41283,43	1072910,38
im Januar bis Sept.				7400671,48
1878 mehr	6601,75	1740,95	3825,17	12167,87
				569911,10

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.